



VOLLGELD

Die Geldschöpfung in öffentlicher Hand

Thomas Benedikter



POLITIS
πολίτης

Thomas Benedikter

VOLLGELD

Die Geldschöpfung in öffentlicher Hand

Reihe POLITIS kurz & bündig 1/2017



Die von POLITIS genutzte Lizenz CC BY-NC-ND 3.0 legt fest, dass die Vervielfältigung und Verbreitung nur dann erlaubt wird, wenn der Name der Autorin bzw. des Autors genannt wird, wenn die Verbreitung nicht für kommerzielle Zwecke erfolgt und wenn keine Bearbeitung, Abwandlung oder Veränderung erfolgt.

Die in den POLITIS-Expertisen vertretenen Positionen decken sich nicht unbedingt mit jenen des Vereins als solchem.

Der Verein POLITIS „...verfolgt erzieherische und wissenschaftliche Zwecke aufbauend auf den Grundsätzen der Solidarität und den Grundwerten der Demokratie. Insbesondere fördert der Verein zukunftsfähige Ansätze der demokratischen Partizipation, solidarischer Wirtschaftsformen sowie der ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit.“

Art. 2 des Vereinsstatuts

Vorausgeschickt

1	Ein Geldsystem fürs Gemeinwohl	8
2	Das heutige Giralgeldregime der Banken und seine Mängel	12
3	Warum Vollgeld?	18
4	Wie funktioniert Vollgeld?	26
5	Welche Vorteile bietet Vollgeld?	29
5.1	Eindämmung der Staatsschulden	29
5.2	Abwendung weiterer Eurokrisen	32
5.3	Sicheres Geld	34
5.4	Kein unlauterer Wettbewerb seitens der Banken	36
5.5	Vermeidung von Finanzmarktblasen	37
5.6	Bessere Steuerung der Geldmenge	39
5.7	Schutz gegen Inflation	40
5.8	Weniger soziale Ungleichheit	41
5.9	Weniger Druck zu mehr Wirtschaftswachstum	42
5.10	Anreiz für mehr freien Wettbewerb	44
6	Wie kann Vollgeld eingeführt werden?	47
6.1	Die Umsetzung der Vollgeld-Reform	47
6.2	Welche Probleme bleiben auch mit Vollgeld ungelöst?	50
6.3	Das Vollgeld und der Euro	54
7	Die Geldschöpfung wieder in öffentlicher Hand	61
	<i>Volksinitiative zum Vollgeld in der Schweiz</i>	65
	<i>Weiterführende Literatur und wichtige Internetseiten</i>	67
	<i>POLITIS-Publikationen</i>	69

Vorausgeschickt

Das heute umlaufende Geld besteht zu fast 90% aus elektronischem Buchgeld (Giralgeld), das von den Banken im Rahmen der Kreditfähigkeit geschöpft wird. Dieses von den Banken beherrschte Giralgeldsystem ist störanfällig und krisengeplagt. Die Giralgeldschöpfung durch die Banken verläuft in der Tendenz überschießend, die Geldmenge wächst weit schneller als das BIP und kann von der Zentralbank nicht mehr gesteuert werden.

Giralgeld ist unsicheres und instabiles Geld. Es erzeugt Inflation, letzthin vor allem bei Finanzanlagen und Immobilien, und verursacht extreme Konjunktur- und Finanzmarktzyklen, die sich immer wieder in teils schweren Banken- und Finanzkrisen entladen. Dies hat nicht erst die Eurokrise von 2011-2014 und die noch andauernde Bankenkrise in Italien gezeigt. Vielmehr hat es schon zwischen 1970 und 2007 nicht weniger als 425 systemische Finanzkrisen gegeben. Davon waren 145 sektorale Bankenkrisen und 208 Währungszusammenbrüche. Die Geldmenge wächst weit schneller als das BIP. Dieses disproportionale Wachstum von Geldvermögen verschärft auch die ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung zugunsten von Kapitaleinkünften zu Lasten von Arbeitseinkünften.

Das Monopol der Banken, Giralgeld zu schöpfen und den entsprechenden Geldschöpfungsgewinn einzubehalten, ist ein unzeitgemäßes und für ein stabiles und funktionales Geldwesen unnötiges Privileg. Mit der Vollgeldreform soll diese in der Zukunft absolut dominante Geldform, das elektronische Giralgeld, voll gültiges gesetzliches Zahlungsmittel werden, das von der Zentralbank erzeugt wird. Damit würde das Banknotenmonopol der Zentralbank aufs liquide Buchgeld ausgedehnt, die Banken können kein Giralgeld mehr schöpfen. Der Gewinn aus der Geldschöpfung käme der öffentlichen Hand zugute. Mit anderen Worten: die Vollgeldreform stellt das staatliche Geldregal uneingeschränkt wieder her.

Es geht dabei nicht um eine Währungsreform, sondern um die Reform der Geldschöpfung. Die Tätigkeiten der Banken im Zahlungsverkehr, in der Kreditvermittlung und der Vermögensanlage werden nicht berührt, außer dass die Banken den erforderlichen „Rohstoff“, das Giralgeld, nicht mehr selbst mit einfachem Buchungsakt erzeugen. Die Geldmenge kommt wieder unter die volle Kontrolle der öffentlichen Hand in Form der regierungsunabhängigen Zentralbank. Vollgeld ist sicheres und stabiles Geld, das die Zentralbank BIP-proportional und inflationsneutral zum Nutzen der Allgemeinheit schaffen wird.

Das Geld ist im Grunde ein öffentliches Gut und die Versorgung der Wirtschaft mit Geld ist eine öffentliche (staatliche) Dienstleistung zugunsten der Allgemeinheit. Es liegt auf der Hand, dass auch der Gewinn aus der Geldschöpfung eigentlich der öffentlichen Hand zusteht. Wie Druck und Ausgabe von Banknoten seitens der Zentralbank müsste auch die Erzeugung und Inumlaufbringung des elektronischen Giralgelds zu einem öffentlichen Dienst werden, wobei der Geldschöpfungsgewinn von der Ausgabestelle, der Zentralbank, abgeschöpft würde. Das Vollgeld stellt den grundsätzlich öffentlichen Charakter des Geldsystems in vollem Umfang wieder her. Das staatliche Monopol der Ausgabe von Banknoten würde – über 100 Jahre nach dem Verbot der Ausgabe von Banknoten durch die Geschäftsbanken – auch auf die inzwischen dominante Geldform des elektronischen Giralgelds ausgedehnt. Der Geldschöpfungsgewinn verbliebe in öffentlicher Hand und käme über den Staat der Allgemeinheit zugute.

Die vorliegende Broschüre erläutert in Kürze die Mängel des heutigen Geldsystems und die Vorteile der Vollgeldreform. Wie funktioniert das Vollgeld und wie kann diese Reform umgesetzt werden? Kann Vollgeld auch im Euro-Raum eingeführt werden? Die Einführung des Vollgelds könnte zu einer der bahnbrechenden Reformen der Geldordnung des 21. Jahrhunderts werden, zum Wohle aller.

Oktober 2017

Claudio Campedelli

Vizepräsident von POLITiS

“Die Geldschöpfung ist zu wichtig, als dass man sie nur den Bankiers anvertrauen dürfte.”

Adair Turner

1

Ein Geldsystem für das Gemeinwohl

Das Geld regiert die Wirtschaft, das Geldsystem reguliert die Finanzen – all dies geschieht in einer für die Wirtschaft, die Gesellschaft und die Umwelt immer gefährlicheren Weise. Denn heute entsteht fast 90% des Geldes bereits als Schulden, das von den Geschäftsbanken im Augenblick der Gewährung eines neuen Darlehens geschöpft wird. Abgesehen vom Drucken der Banknoten und vom Prägen der Münzen wird Geld heute vor allem dann geschaffen, wenn sich sowohl Privatkunden als auch öffentliche Körperschaften bei Banken verschulden. Kaum hat sich das tatsächlich in Umlauf befindliche Geld vermehrt, hat bereits eine weitere Zunahme der öffentlichen oder privaten Verschuldung stattgefunden. Unternehmen, Staat, die Haushalte: alle Wirtschaftssubjekte sind heute übermäßig verschuldet.

Dieses Übermaß an Verschuldung ist nicht nur für die direkt Betroffenen eine gewaltige Bürde, sondern löst unvermeidlich große Finanzkrisen aus, wie jene von 2008. An ihrem Ursprung war diese Krise eine Krise der Verschuldung von Hauseigentümern in den USA gewesen, auf welche sofort eine Krise zahlreicher Banken und Versicherungsgesellschaften folgte. Infolge des Bankrotts zahlreicher anderer Banken steckte die Krise schnell auch die europäische Bankenwelt und vor allem die stärker verschuldeten Staaten an. Nach dem Platzen der Immobilienblasen in Spanien und Irland konnten die Bankensysteme einzig und allein dank des massiven Eingreifens der einzelnen Regierungen der EU und der Eurogruppe gerettet werden, wodurch ein verhängnisvoller Domino-Effekt auf das gesamte Geldsystem vermieden werden sollte. Die Differenz zwischen den Zinssätzen italienischer Staatstitel und jenen anderer Euroländer war himmelhoch angestiegen und verschlimmerte das Gewicht des Zinsendienstes dieser Staaten, während sich das bereits völlig überschuldete Griechenland dem Bankrott näherte. Griechenland wurde durch das Europäische Währungssystem (EWS) gerettet. Die Länder der Eurozone konnten nach 2008 nur mit dem Einsatz von Hunderten von Milliarden Euro die Krise in den Griff bekommen. Die großen Banken – “too big to fail” – hatten in gewisser Weise die Staaten erpresst, um diese Notlage zu überwinden, aber auf Kosten der Steuerzahler, während die tatsächlichen Ursachen der Krise nahezu unangetastet blieben. Die Folgen spüren die Euroländer noch immer.

Was funktioniert in unserem Geldsystem nicht? Viele Aspekte der modernen Finanz- und Bankenwelt können einen perplex lassen: vom unglaublichen Leichtsinn bei der Gewährung von Darlehen an Spekulanten bis zur unvorstellbaren Geschwindigkeit der Hochfrequenz-Transaktionen von Aktien, Wertpapieren und Derivaten auf einem immer stärker globalisierten Markt, bis hin zu den unglaublichen Gewinnen der soeben vom Staat geretteten Banken und den unverständlich hohen Vergütungen der Bankmanager. Eines der am wenigsten bekannten und verdächtigen Elemente der Instabilität des heutigen Geldsystems ist aber der Geldschöpfungsprozess selbst, und im Besonderen der Prozess der Schöpfung des elektronischen Giralgelds (Banken-Buchgelds), das heute zwischen 83 und 91% des gesamten in Umlauf befindlichen Geldes bildet. Dieser Mechanismus liegt an der Basis des heutigen Geldsystems, ist aber nicht gut geregelt, im Gegenteil: wir haben es mit einem schwerwiegenden Systemfehler zu tun.

Während der Staat über die Zentralbank bereits vor mehr als einem Jahrhundert das Recht zur Schaffung von Banknoten und Metallmünzen an sich gezogen hat, verblieb die Macht, elektronisches Buchgeld zu schaffen, in den Händen der privaten Bankiers. Heute erzeugen die Geschäftsbanken rund 90% des Geldes als reines Buchgeld, also einer virtuellen Ziffer auf unseren Bankkonten. Die Herstellung virtuellen Geldes wird allerdings nicht durch wirksame Regelungen gebremst, die Fehlentwicklungen vorbeugen. Außerdem fließen die gewährten Darlehen nur in geringerem Maß in Investitionen in die reale Wirtschaft, sondern dienen überwiegend für waghalsigste Geschäfte auf den Finanz- und Immobilienmärkten.

Es gehört zur zwingenden Dynamik dieses Systems, dass die Banken zuviel Giralgeld schaffen und enorme Finanzblasen nähren, die auf der Suche nach Zinsen und Gewinnen frei um den Globus fluktuieren. Wenn dann die unvermeidliche Krise eintritt, ruft man einfach den Staat zu Hilfe, damit er die Spareinlagen der Kunden, die Großbanken und das gesamte Zahlungssystem rettet. In der derzeitigen Situation sind die Vorteile dieser Art und Weise der Geldschöpfung in großem Ausmaß privatisiert, während die Risiken und Lasten dieses Mechanismus zumeist auf die Schultern der Allgemeinheit abgeladen werden.

Das gesamte heutige Geldsystem bedroht angesichts seiner hohen Anfälligkeit gegenüber externen Faktoren ständig die Stabilität der Wirtschaft und der öffentlichen Finanzen. Die monetäre Souveränität der Staaten wird durch dieses anachronistische Privileg der Banken aufs Spiel gesetzt. Es ist an der Zeit, die Frage der (Giral)Geldschöpfung aufzuwerfen, da die Banken weiterhin die Staaten und Steuerzahler zum eigenen Vorteil ausnutzen, wie der Fall MPS (Monte dei Paschi di Siena) bewiesen hat.

Paolo Maddalena, ehemaliger Richter am italienischen Verfassungsgericht, schreibt: “Heute machen die Banken einen abnormen Gebrauch davon, indem sie aus dem Nichts Geld in einer solchen Menge schaffen, dass sie die wirtschaftliche Stabilität der Bank selbst und das Vertrauen der Gläubiger in Gefahr bringen und die Allgemeinheit dem Risiko enormer Staatsausgaben für ihre Rettung aussetzen” (Maddalena 2017, S. 11). Warum wird die Geldschöpfungstätigkeit nicht einer rein öffentlichen Körperschaft anvertraut, die über die demokratischen Institutionen auch durch die Bürger legitimiert ist?

Die Alternative: das Vollgeld

Die Geldschöpfung als genuin staatlich-öffentliche Aufgabe muss wieder in umfassender Form zur öffentlichen Hand zurückkehren. Diesem Grunderfordernis entspricht die Idee des Vollgelds. Im digitalen Zeitalter wird das elektronische Buchgeld oder Giralgeld zur absolut vorherrschenden Geldform, vielleicht sogar zur einzigen, wie manche schon fordern. Da die Bereitstellung von Geld eine fundamentale Dienstleistung des Staats ist, werden in Zukunft die gesetzlichen Zahlungsmittel insgesamt von der öffentlichen Hand ausgegeben werden müssen, also nicht nur Banknoten und Metallmünzen, sondern auch das Giralgeld. Dies bedeutet, dass das gesamte Geld, sowohl das Bargeld als auch das elektronische Geld, von einer öffentlichen Instanz ausgegeben werden soll, welche nur die Zentralbank sein kann: Die Einführung des Vollgelds vervollständigt das staatliche Vorrecht der Ausgabe von gesetzlichen Zahlungsmitteln und weitet dieses Recht auf das elektronische Buchgeld aus, also den Zahlen und Buchungen auf unseren Bankkonten. So verliert der Bankensektor seine heute ausschließliche Macht, unbares Geld wie Sichtguthaben auf den Kontokorrenten der Kunden nach Gutdünken selbst zu schaffen.

Vollgeld ist Geld in jeder Hinsicht, zur Gänze sicher, das einzige gesetzliche Zahlungsmittel: daher die Bezeichnung “Vollgeld” (*positive* oder *sovereign money* in der angelsächsischen Welt). Die Zentralbank, das institutionelle Organ, das für die Organisation und Kontrolle des Geldsystems zuständig ist, wird die volle Verantwortung für die Versorgung der Wirtschaft mit der unbedingt erforderlichen Geldmenge übernehmen. Damit wird die Zentralbank mit Fug und Recht zur „Vierten Gewalt“ im Staat, der „Monetative“. Das ausschließliche Recht der Zentralbank auf Geldschöpfung, losgelöst vom privaten Profitinteresse und nur dem Gemeinwohl verpflichtet, entspricht einer modernen Demokratie. Natürlich muss die Zentralbank spätestens mit der Einführung von Vollgeld voll ins öffentliche Eigentum überführt werden, was für die Banca d’Italia immer noch nicht zutrifft.

Das Giralgeld kann dann nicht mehr von den Banken frei geschöpft werden. Daher verschwindet das Risiko, dass das in den Banken deponierte Giralgeld bei einem Bankrott der Bank verloren geht. Es braucht keine staatliche Haftung für Spareinlagen der Kunden, denn alle Einlagen der Kunden werden in Vollgeld bestehen, das von der Zentralbank erzeugt worden ist, gleich einer elektronischen Banknote. In einem Vollgeldsystem ist das auf dem Bankkonto eingelegte Geld der Kunden stets legal vorhanden, außer ein Kunde entschließt sich dazu, es auf bestimmte Zeit in anderer renditeträgender Form anzulegen. Auch die direkten Investitionen der Banken werden nur mit Vollgeld durchgeführt, das von den Kunden per Vertrag der Bank zu diesem Zweck übertragen wird, oder mit Zentralbankkrediten oder auf dem Finanzmarkt aufgenommenen Darlehen.

Das neue Geldsystem wird zu einer erheblichen Zunahme der öffentlichen Einnahmen führen. Nicht nur der Ertrag aus der Geldschöpfung – der als Seignorage bezeichnet wird – würde dem Staat und damit der Allgemeinheit zufließen, vielmehr wird die Umwandlung des derzeitigen Systems in ein Vollgeldsystem die historische Chance bieten, einen Großteil der Staatsverschuldung zu tilgen. Es wird somit der Raum geschaffen, um den Steuerdruck zu verringern und gleichzeitig die dringendsten öffentlichen Ausgaben zu decken. Nicht zuletzt würde es der Zentralbank ermöglicht, die Entwicklung der Geldmenge in präziserer Weise zu steuern, um die konjunkturellen Schwankungen zu stabilisieren und somit die Inflation auf ein Mindestmaß zu verringern. Das gesamte Geldsystem würde einfacher und transparenter und für den Durchschnittsbürger verständlicher.

2

Das heutige Giralgeldregime der Banken und seine Mängel

Wie funktioniert das heutige Giralgeldregime?

Giralgeld entsteht durch eine Gutschrift eines Betrags auf einem Kundenkonto. Wenn Kunden dieses Guthaben in Form von Banknoten beheben, kommt Bargeld in Umlauf. Andere Kunden legen das erhaltene Bargeld als bald wieder bei den Banken ein und erhalten eine Kontogutschrift. Nicht einmal ein Zehntel der umlaufenden Geldmenge zirkuliert als Bargeld. Wenn Banken einen Kredit gewähren oder eine Kontoüberziehung erlauben, wird den Kunden ein entsprechendes Guthaben aufs Girokonto gutgeschrieben. Dieser Betrag scheint in der Bilanz der Bank als Passivum auf, nämlich als Verbindlichkeit der Bank gegenüber dem Kunden. Im Gegenzug verbucht die Bank als Aktivum eine gleich hohe Forderung an diesen Kunden, und zwar auf Rückzahlung der Kreditsumme nebst Zinsen. Wenn die Bank als Eigengeschäft Immobilien oder Wertpapiere kauft und mit selbst geschöpftem Giralgeld bezahlt, steht dieser Zahlung als Aktivum das Wertpapier oder die Immobilie gegenüber.

Die Banken sind verpflichtet, nur einen geringen Teil des von ihnen geschöpften Giralgelds als Liquiditätsreserve zu halten. Für Behebungen der Kunden und Überweisungen an andere Banken benötigen die Banken auch Bargeld. Es handelt sich im Schnitt um rund 2,5% der Giro Guthaben, davon 1,4% Bargeld und 1,1% Mindest- und Überschussreserve. Diese Reserven halten die Banken als „Mindestreserve“ in Form von Buchgeld auf ihrem Konto bei der Zentralbank.

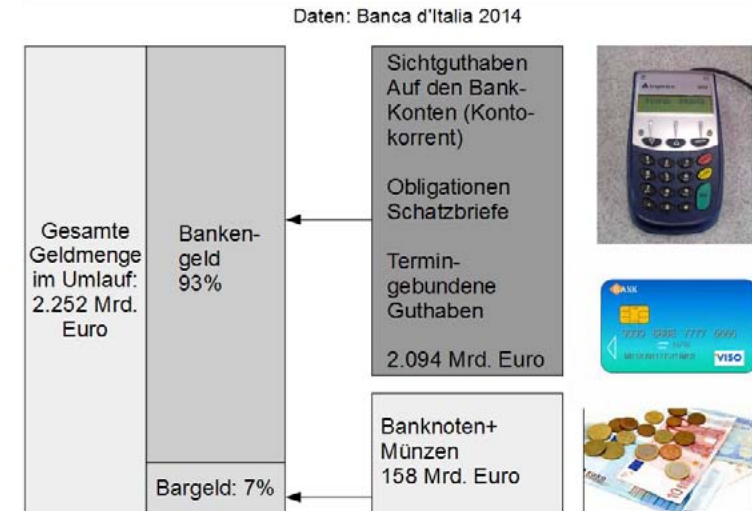
Das elektronische Geld im bargeldlosen Interbankenverkehr zirkuliert viel schneller als das Giralgeld im Publikum. Dieses nimmt seltener Zahlungen vor, während die Banken ein- und ausgehende Zahlungen täglich mit den anderen Banken ausgleichen. Das zirkulierende Bargeld ist mengenmäßig viel geringer als das zirkulierende Giralgeld.

Allerdings erzeugen die Banken laufend mehr Buchgeld, als es das reale Wirtschaftswachstum erfordern würde. Die Banken schöpfen für ihr Eigengeschäft weit mehr Geld als für die Versorgung der Kunden und Unternehmen erforderlich wäre. Zudem nehmen Finanzmarktakteure bei den Banken für hochriskante Spekulationen ständig Kredite auf. Diese überschießende Geldschöpfung führt zu Inflation, derzeit vor allem

Grafik 1 - Wer schöpft das Geld?



Grafik 2 - Welche Arten von Geld verwenden wir?



bei den Preisen der Wertpapiere und Immobilien verschiedenster Art (*asset inflation*). Auf diesen Märkten entstehen Finanzblasen, also krisenerzeugende Überschuldung, die die Finanzmärkte immer wieder einbrechen lassen (das sog. „Verbrennen“ von Milliarden an der Börse). Diese Krisen, wie zuletzt jene von 2008, schaden zunächst den Finanzkapitalbesitzern, in der Folge auch der Realwirtschaft, den Unternehmen, dem Staat und den Steuerzahlern.

Zudem ist das Giralgeld nicht wirklich in seinem Bestand gesichert. Der Staat hat zwar Einlagensicherungsfonds eingerichtet (in der Eurozone bis 100.000 Euro), doch reicht dies als Sicherung nicht aus, wie letztthin in der Krise italienischer Banken ersichtlich geworden. Die heute größte Finanzblase bilden die seit 40-50 Jahren aufgebauten Staatsanleihen. Der italienische Staat hat im 1. Quartal 2017 einen Schuldenstand von 2.176 Mrd Euro aufgehäuft, gleich rund 132% des BIP Italiens.¹

Darüberhinaus steigen die Finanzvermögen und Finanzeinkommen im Verhältnis zu den Arbeitseinkommen. Die Einkommensverteilung verschiebt sich immer mehr zugunsten der Finanzkapitalbesitzer und zu Lasten der Lohnabhängigen.

Diese Art von Geldschöpfung führt dazu, dass die Zentralbank die Geldmenge immer weniger genau steuern kann. Die konventionelle Geldmengenpolitik ist schon weitgehend aufgegeben worden und auch die Zinspolitik der Zentralbank (EZB) scheint wirkungslos zu werden. Das ist nicht verwunderlich, denn die Banken brauchen auf 100 Euro an Giralgeld nur 2,5 Euro in Zentralbankgeld zu refinanzieren (Huber 2017, 4).

Fehlfunktionen des heutigen Giralgeldregimes

Die Giralgeldschöpfung durch die Banken ist außer Kontrolle geraten. Das Wachstum der Geldmenge müsste sich eigentlich am Wachstum der Gesamtwirtschaft und der Einkommen orientieren. Tatsächlich ist die Geldmenge in den letzten drei Jahrzehnten weit stärker gewachsen, was früher zur Inflation bei den Verbraucherpreisen geführt hat. Zuletzt kam es aber vor allem zu einer Asset-Inflation bei Wertpapieren und Immobilien: das bedeutet die Entstehung von Kredit- und Schuldenblasen, Überinvestment und Überschuldung, in der Folge Banken-, Währungs- und Schuldenkrisen weltweit.

Die Geldmenge ist weit stärker als die Produktivität und Realeinkommen gewachsen.

¹ Vgl. Banca d'Italia, URL: <https://infostat.bancaditalia.it/inquiry/>

Daraus nähren sich Kredit- und Schuldenblasen, es resultiert übermäßige Investition und Spekulation auf den Finanzmärkten. Das Ganze entlädt sich in Banken-, Währungs- und Schuldenkrisen auf der ganzen Welt. Von 1970 bis 2007 wurden weltweit 145 sektorale Bankenkrisen, 208 Währungszusammenbrüche und 72 Staatsschuldenkrisen, zusammen 425 systemische Finanzkrisen verzeichnet.

In solchen Zeiten erweist sich das Giralgeld der Banken als unsicheres Geld, das durch staatliche Einlagengarantien gesichert werden muss. In Zypern sollten die Einlagen der Kleinsparer für die Abwicklung von Pleitebanken herangezogen werden. In Griechenland kam es zu massenhaften Behebungen der Bankkunden. In Italien musste der Staat schon 2015 eingreifen, um vier regionale Banken (Banca Etruria, Banca Marche, Cari-Chieti und CariFerrara) zu retten. 2017 musste Rom 17 Mrd Euro für die Kapitalisierung dreier maroder Banken (MPS, Veneto Banca, Popolare di Vicenza) bereitstellen.

Geld- und Kapitalmärkte finden offensichtlich nicht zu einem „natürlichen Gleichgewicht“, wie von Neoliberalen immer wieder behauptet wird. Das Geldmengenwachstum schießt immer wieder weit über das nominale BIP-Wachstum hinaus. Modernes Geld besitzt keinen „Knappheitsanker“ (Huber) wie früher den Goldstandard. Die privaten Banken können jederzeit beliebig viel Buchgeld (Giralgeld) selbst schöpfen. Die daraus erwachsenden Renten gehen an die Bankeneigentümer und Manager, die daraus folgenden Nachteile in Form von Asset-Inflation, Finanzmarktblasen und Krisenbewältigung hingegen zeitlich versetzt zu Lasten von Staat und Steuerzahlern. Abgesehen von dieser Verschwendung von Steuermitteln erzeugt der fortgesetzte Aufbau von verzinslichem Geld- und Finanzvermögen eine Verteilungswirkung zu Lasten der Arbeitseinkommen und zugunsten der Kapitaleinkommen.

Verschiedene Defizite des heutigen Geldsystems sind als Ursachen der letzten Finanzkrise benannt worden: die extreme Deregulierung der Finanzmärkte, die zu geringe Eigenkapitalausstattung der Banken, das Universalbankensystem ohne Trennung zwischen service banking und Eigengeschäften, die fehlenden Kontrollen durch die Politik. Doch liegt eine wesentliche Ursache in der Struktur der Geldordnung selbst, nämlich im heutigen Giralgeldregime, auch fraktionales Reservebanking genannt.

Giralgeld ist von den Banken geschöpftes Buchgeld oder auch Schuldgeld, weil es in Zusammenhang mit Kreditgewährung entsteht. Es ist kein Vollgeld, also unbeschränktes gesetzliches Zahlungsmittel wie Banknoten und Münzen, sondern wird von privaten Banken erzeugt. Giralgeld ist kein sicheres Geld der Zentralbank. Das Giralgeld bildet heute 83-91% der zirkulierenden Geldmenge. Nur 9-17% je nach Land und Währungs-

raum bestehen aus Banknoten und Münzen. Die pro-aktive Kreditgewährung und Giralgeldschöpfung der Banken dominiert, der elektronische Zahlungsverkehr nimmt immer mehr zu. Das moderne Geldsystem beruht auf unbarem Kontogeld und bargeldlosem Zahlungsverkehr. Es gibt ernsthafte Vorstöße, etwa in Schweden, das Bargeld ganz abzuschaffen.

Doch müssen die Banken die vergebenen Kredite nicht laufend durch Zentralbankgeld refinanzieren? Muss nicht jede Bank bei der Zentralbank eine Mindestreserve hinterlegen? Wird die Giralgeldschöpfung nicht von der Zentralbank kontrolliert?

Im heutigen Zahlungsverkehr und Geldsystem besteht nur mehr ein geringer Bargeldbedarf, denn von den Banken abfließende und den Banken zufließende Giralgelder gleichen einander ungefähr aus. Die Saldos sind gering. Die Banken brauchen die Giro- und Spareinlagen nur zu einem sehr kleinen Teil zu refinanzieren. Nur das von den Kunden benötigte Bargeld muss zu 100% bei der Zentralbank beschafft werden. Wird das Bargeld in nicht ferner Zukunft ganz abgeschafft, müssen die Banken auch diese Kosten nicht mehr tragen. Unter heutigen Bedingungen käme das voll-elektronische Geld auf mobilen Geldspeichern nur von Banken, nicht von der Zentralbank. Einige Großbanken bereiten sich schon auf diesen Schritt vor.

Wenn Banken ein Darlehen vergeben, einen Überziehungskredit einräumen, Wertpapiere, Immobilien oder andere Sachwerte ankaufen, bezahlen sie mit dem selbst geschöpften Giralgeld. Erst danach wird re-aktiv ein kleiner Prozentsatz (3% im Euroraum) bei der Zentralbank refinanziert. Im Euroraum benötigen die Banken durchschnittlich rund 3% Zentralbankgeld, zurzeit 1% als Mindestreserve, 1,4% Bargeld für die Geldautomaten und 0,1-0,6% Überschussreserven für die abschließende Begleichung von bargeldlosen Zahlungen. Die Zentralbanken refinanzieren stets die monetären Tatsachen, die die Banken im Wirtschaftsleben geschaffen haben, ansonsten käme der Zahlungsverkehr ins Stocken. Wenn größere Banken bankrott gingen, erlitten nicht nur ihre Kunden und Anteilseigner Schaden, sondern viele andere Banken, das ganze System wäre in Gefahr. Deshalb genießen die größeren Banken auch eine Art Bestandsgarantie und werden auch immer wieder vom Staat gerettet.

Der hohe Anteil an „faulen Krediten“ in den Bilanzen der italienischen Banken und die milliardenschwere Rettung privater Banken durch den italienischen Staat beweist, dass die Kontrolle durch die Zentralbank unzureichend war. Dafür müssen Staat und Steuerzahler geradestehen. Doch liegt der Fehler nicht nur in der mangelnden Kontrolle seitens der Banca d'Italia oder anderer Zentralbanken, sondern im System selbst, weil

Banken nur verpflichtet sind, geringe fraktionale (bruchteilige) Reserven auf die ihren Kunden gewährten Kredite bei der Zentralbank zu halten.

Das Geld ist ein Grundelement der Wirtschaftsordnung. Deshalb gehört die Regelung des Geldwesens zu den zentralen Staatsaufgaben genauso wie die öffentliche Verwaltung, das Steuersystem, die Rechtsprechung, die Gesetzgebung. Ein modernes Geldregal, die Grundpfeiler des Geldwesens, besteht gemäß Joseph Huber aus drei Rechten:

1. Währungshoheit (Bestimmung der Währung): die Befugnis, die Währung und ihre Einheiten festzulegen.
2. Geldhoheit: Das Recht, Geld in dieser Währung zu erzeugen und zwar als Bargeld und elektronisches Buchgeld.
3. Das Vorrecht auf Aneignung des Geldschöpfungsgewinns (Seigniorage)

Im heutigen Giralgeldsystem liegt nur die Währungshoheit in staatlicher Hand und ist im Euroraum einem Staatenverbund (EU) und seiner Zentralbank (EZB) übertragen worden. Die Geldhoheit und der Geldschöpfungsgewinn sind zu einem guten Teil auf die Banken übergegangen, in rechtlicher Hinsicht sogar stillschweigend. Das Giralgeldregime funktioniert nicht gut, wie die vielen Krisen beweisen, und es ist überaus problematisch, wenn der Staat den zumeist privaten Banken eine so wichtige öffentliche Verantwortung anvertraut.

In einem Vollgeldsystem sind alle drei Pfeiler des Geldwesens in öffentlicher Hand und bilden zusammen die staatliche Geldhoheit. Vollgeld ist bestandsicheres und unbeschränktes gesetzliches Zahlungsmittel, das von Zentralbanken oder der EZB herausgegeben wird. Vollgeld besteht heute aus zwei Komponenten:

1. Das von den Nichtbanken (Privaten, Unternehmen, öff. Haushalten) gehaltene Bargeld.
2. Die von Banken und Staat gehaltenen Reserven bei der Zentralbank.

Alles andere zirkulierende Geld ist Bankengeld, also von den Banken geschöpftes elektronisches Giralgeld. Geblieben ist von der staatlichen Geldhoheit nur die Währungshoheit. Die Geldhoheit, also die Geldschöpfung, liegt größtenteils bei den privaten Banken. Die Seigniorage schließlich wird geteilt. Die originäre Seigniorage aus der Refinanzierung der Banken und Bewirtschaftung der Devisenreserven geht an die Zentralbank, aber der weit größere Teil des Geldschöpfungsgewinns geht an die Banken. Diese müssen ihre Geschäfte nur zu 3% refinanzieren, streichen aber die Zinsgewinne aus dem geschöpften Buchgeld voll ein (Differenz aus Haben- und Sollzins).

3

Warum Vollgeld?

Geld ist ein öffentliches Gut

Heute liegt die Geldschöpfung weitestgehend in privater, nicht öffentlicher Hand, nämlich bei den Banken. Diese sind ihrer Fähigkeit, Giralgeld zu schöpfen, nahezu unbeschränkt. Wenn man eine der Kernursachen der Finanzkrisen in den Griff bekommen will, muss die Geldschöpfung wieder unter die Kontrolle einer öffentlichen Instanz gebracht werden, genauso die Erstverwendung neu geschaffener Zahlungsmittel. Geldschöpfung und Kreditgewährung sind keine rein privatrechtliche und marktwirtschaftliche Angelegenheit. Wie an den häufigen Finanzkrisen ersichtlich sorgt der Markt alleine weder für eine optimale Kreditversorgung, noch für Stabilität auf den Finanzmärkten, geschweige denn für eine gerechtere Einkommensverteilung.

Geld ist neben der institutionellen Weisungsbefugnis (gesetzliche Regelungen durch den Staat und ihre Umsetzung durch die Behörden) das machtvollste Steuerungsmedium in unserer Gesellschaft. Das Geldwesen ist ein Grundelement moderner Marktwirtschaften und muss so geregelt werden, dass die wesentlichen Schalthebel für die Geldschöpfung in öffentlicher Hand liegen. Zur Souveränität eines Nationalstaats oder einer Staatengemeinschaft wie der EU gehört notwendigerweise auch die monetäre Souveränität, also die Geldhoheit (früher „Geldregal“). Die Legislative, die Exekutive und die Judikative müssen durch die Monetative ergänzt werden.

Heute ist das umlaufende Geld zu fast 90% von den Banken geschöpftes Giralgeld. Vollgeld ist hingegen unbeschränkt gültiges gesetzliches Zahlungsmittel, ausgegeben ausschließlich von der Zentralbank. Heute ist nur das Bargeld (Münzen und Banknoten) und das von den Banken gehaltene Buchgeld bei der Zentralbank Vollgeld in diesem Sinn. Kein Privatkunde oder Einzelunternehmen kann ein solches Konto bei der Zentralbank eröffnen, nur Banken. Das Bargeld in Form von Münzen und Banknoten macht nur mehr rund 9-17% der umlaufenden Geldmenge aus. Das heute weitaus am meisten verwendete Zahlungsmittel ist das elektronische, von den Banken geschöpfte Giralgeld (83-91% der gesamten Geldmenge). Das Giralgeld auf den Kundenkonten der Banken wird von den Banken erzeugt und dient für den bargeldlosen Zahlungsverkehr, ohne explizit als gesetzliches Zahlungsmittel verankert zu sein.

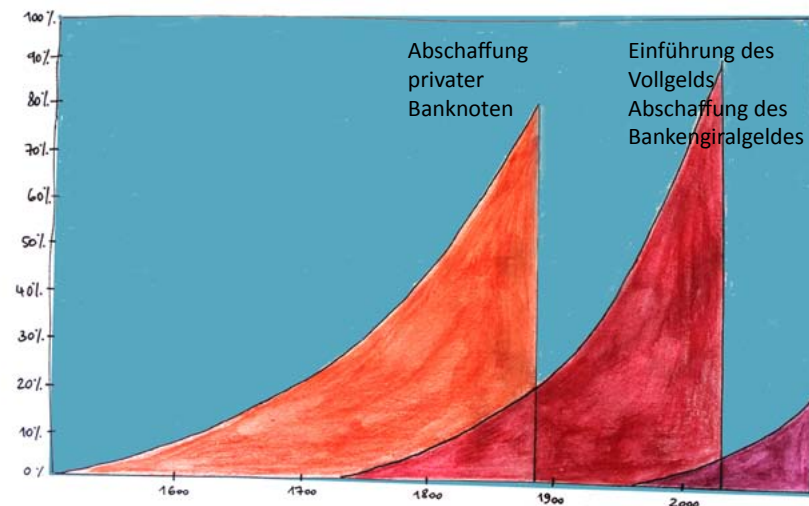
In einem Vollgeldsystem ist alles Geld einschließlich des elektronischen Giralgelds von der Zentralbank erzeugtes Zentralbankgeld.²

Was ändert Vollgeld?

Grundsätzlich ist Giralgeld auf unseren Konten genauso wie Bargeld in Form von Münzen und Banknoten jederzeit verfügbar, sofern die Bank liquide ist. Den großen Unterschied zwischen Vollgeld und heutigem Bankengiralgeld macht der Besitz aus. Während das umlaufende Bargeld voll im Besitz der Kunden ist, befindet sich das Giralgeld – auch wenn formal im jeweiligen Girokonto des Kunden verbucht – im Besitz der Banken. Es stellt nur ein Versprechen der Banken dar, dafür auf Verlangen Bargeld (Zentralbankgeld) auszuzahlen oder das Guthaben oder Teile davon an einen Dritten zu überweisen. Giralgeld ist somit eine Art Bargeldkredit, den die Kunden der Bank überlassen.

Historische Entwicklung des Geldwesens

Vom privaten zum staatlichen Geld (Vollgeld: gesetzliche gültiges, von der Zentralbank ausgegebenes Geld)

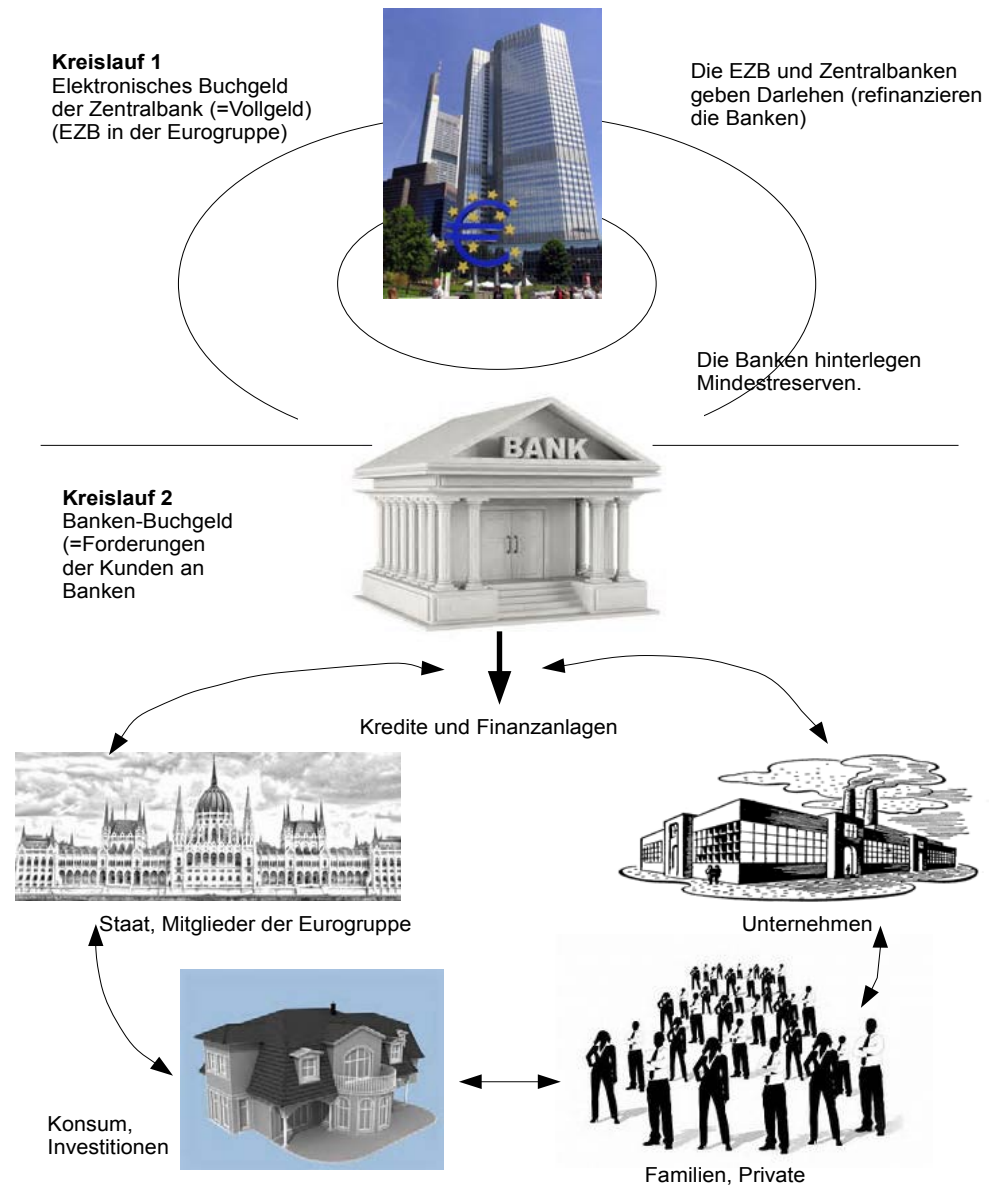


² Diese Darstellung folgt der Erläuterung von Joseph Huber (2017), Was ist Vollgeld? URL: www.vollgeld.ch

Mit der Einführung des Vollgelds wird die Befugnis zur Geldschöpfung einer öffentlichen Instanz, nämlich der Zentralbank übertragen, wie vor 100-150 Jahren die Befugnis der Ausgabe von Banknoten. Mitte des 19. Jahrhunderts war der größte Teil der in Umlauf befindlichen Banknoten – wie der Name sagt – von den privaten Banken ausgegebene Schuldscheine. Diese konkurrierten sich nicht nur gegenseitig, sondern tendierten laufend zur übermäßigen Ausgabe von Banknoten, was zu häufigen Bankkrisen führte. Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatten die meisten Staaten das ausschließliche Recht zur Ausgabe von Banknoten wieder an sich gezogen, wodurch sie auch die Seigniorage, nämlich den Gewinn aus dieser Geldschöpfung, einbehalten konnten. Strenggenommen müsste man ab jener Zeit von „Zentralbanknoten“ statt von Banknoten sprechen. England tat dies 1844, Deutschland 1875, die Schweiz 1891 nach einer Volksabstimmung, die USA 1913. In Italien trat das Verbot der Emission von Banknoten seitens privater Banken erst 1926 in Kraft, um der Banca d’Italia übertragen zu werden (Königl. Dekret Nr. 812 vom 6. Mai 1926).

Allerdings blieb die Banca d’Italia in den Händen einer Reihe von teils privaten und teils öffentlichen Banken. Damit wurde das Königliche Dekret vom 28. April 1910, Nr. 204, abgeschafft, das dieses Privileg auch dem Banco di Napoli und dem Banco di Sicilia eingeräumt hatte.

Bei Einführung des Vollgelds ersetzt das Vollgeld als rechtlich voll gültiges Zentralbankgeld das Buchgeld der Banken (Bankengeld), die Zentralbank erhält damit das Monopol, elektronisches Geld zu erzeugen. Das von den Banken geschaffene und heute zirkulierende Giralgeld kann zu einem Stichtag durch Vollgeld ersetzt werden oder über Jahre hinweg in einem graduellen Prozess. Wichtig ist, dass die Giralgeldschöpfung durch Banken in einer festgelegten Übergangsfrist beendet wird. Gibt es heute zwei streng getrennte Kreisläufe, einmal für das Zentralbankgeld, zum anderen für das Bankengiralgeld, so wird mit einer Vollgeldordnung ein einziger Geldkreislauf geschaffen. Banken, Unternehmen, Private und öffentliche Körperschaften verwenden dann nur mehr dasselbe Geld (Zentralbank-Vollgeld) in seinen drei Formen: Münzen, Banknoten und elektronisches Buchgeld.



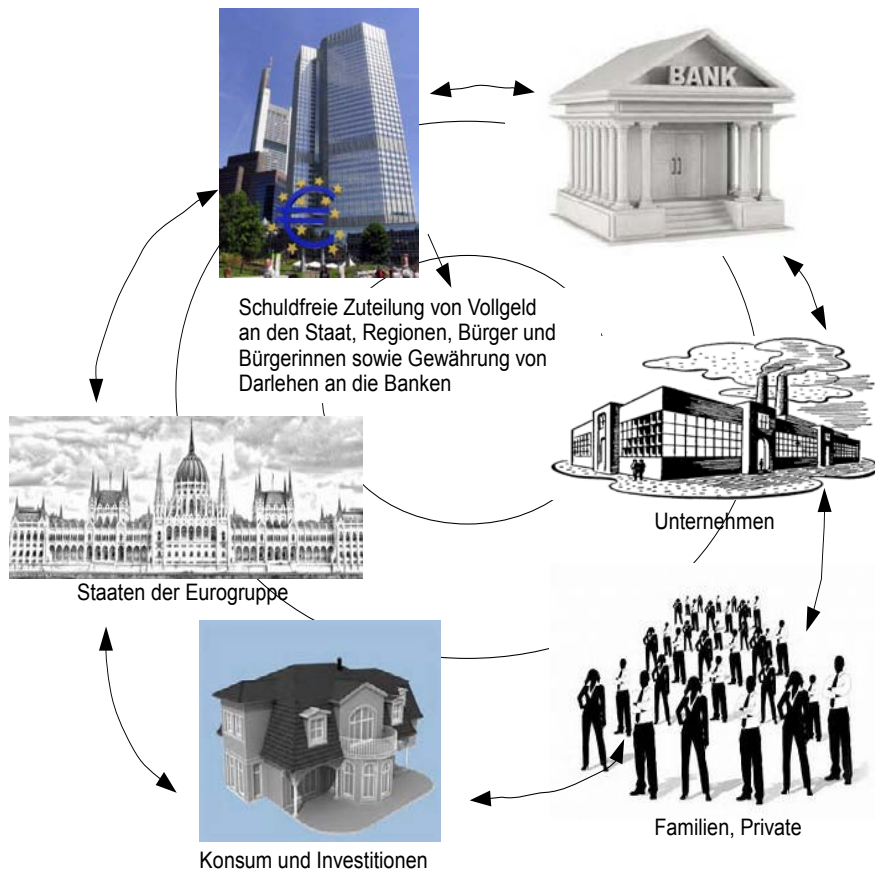
Heute: zwei getrennte Geldkreisläufe

Das Buchgeld der EZB kommt nicht in den Wirtschaftskreislauf. Es dient ausschließlich dem Zahlungsausgleich zwischen Banken sowie regulatorischen Zwecken. Das elektronische Geld auf den Konten der Kunden wird von den Geschäftsbanken erzeugt. Nur Münzen und Banknoten wandern durch beide Geldkreisläufe.

Quelle: Thomas Mayer und Roman Huber (2014), *Vollgeld. Das Geldsystem der Zukunft*. Tectum

Vollgeld: nur ein Geldkreislauf

Mit der Vollgeld-Reform erzeugt ausschließlich die Zentralbank (EZB im Euroraum) elektronisches Buchgeld. Die Banken können nur das Geld verleihen, das ihnen dafür von Sparern, Investoren oder der Zentralbank zur Verfügung gestellt wurde. Sie sind Finanzdienstleister, aber keine Geldschöpfer mehr.



Quelle: Thomas Mayer und Roman Huber (2014), *Vollgeld. Das Geldsystem der Zukunft*. Tectum

Die künftigen Formen des Vollgelds sind also: Bargeld als Münzen, Banknoten und elektronisches Zentralbankgeld auf Konten oder mobilen Geldspeichern. Die Ausgabe des neuen Vollgelds erfolgt durch die Zentralbank, und zwar zum Großteil durch die Überweisung der entsprechenden Beträge von der Zentralbank an den Staat. Schon

heute wird der Großteil des Zentralbankgewinns direkt dem Staat überwiesen. Dieses Geld wird von der öffentlichen Hand schulden- und zinsfrei eingenommen und kommt durch ihre laufenden Ausgaben in Umlauf. Damit wird eine originäre Seigniorage realisiert, wie sie der „klassischen“ staatlichen Geldhoheit entspricht. Kurzfristig kann neues Vollgeld wie bisher auch im Zuge flexibler geldpolitischer Operationen durch Zentralbankkredit an die Banken ausgegeben werden. Dadurch entsteht bei der Zentralbank eine Zinsseigniorage, die wiederum dem Staat zufließt.

Der Gewinn aus der Geldschöpfung – die Seigniorage – käme zunehmend bis letztlich vollständig den öffentlichen Haushalten zugute. Nach heutigen Maßstäben wären das in Deutschland etwa 25 Mrd. Euro je 1% Wirtschaftswachstum, in Italien schätzungsweise 20 Mrd. Euro. Damit ließen sich je nach Konjunktur und Staatsausgabenquote 1-6% des öffentlichen Gesamthaushalts finanzieren lassen (vgl. Huber 2017, 7). Ein großer Teil der Staatsschulden ließe sich über die Ausgabe von Vollgeld durch den Staat abbauen, ohne dass es zu Verlusten bei den Staatsanleihenbesitzern käme. Dadurch müsste die herrschende Sparpolitik nicht weiter forciert werden, die breite Kaufkraftverluste, Lohneinbußen, Arbeitslosigkeit und schmerzhaft Einschränkungen bei den öffentlichen Ausgaben verursacht.

Vollgeld der Zentralbank wäre sicheres Geld. Es kann in Banken Krisen nicht verschwinden. Von Konkurs bedrohte Banken müssten nicht mehr auf Kosten der Allgemeinheit gerettet werden. Die Geldmenge wäre vollständig unter öffentlicher Kontrolle. Für überschießende Finanzmarktspekulation würden die Banken nicht mehr zusätzliches Giralgeld erzeugen können. Finanzmarkt- und Konjunkturzyklen würden erheblich moderater verlaufen.

Die neue Rolle der Zentralbanken bei Vollgeld

Im Vollgeldsystem gibt es eine neue Arbeitsteilung zwischen Zentralbank und Banken. Vollgeld bedeutet keine Änderung von Eigentumsverhältnissen, sondern nur von Zuständigkeiten und Regeln für die Geldschöpfung. Die Versorgung der Wirtschaft mit Geld obliegt beim Vollgeld nur der Zentralbank, der Zahlungsverkehr und die Kreditvermittlung nur den Banken. Der Finanzmarkt funktioniert dann nur mehr in Vollgeld, die Banken können nicht mehr das Geld selbst erzeugen, das sie benötigen. Die Banken müssen zunächst genügend Geld bei den Kunden einsammeln, bevor sie es für Kredite und andere Operationen ausgeben. Die Geldschöpfung wird demnach so erfolgen, wie es sich heute schon die meisten Menschen vorstellen.

Tabelle 1

Unterschiede: heutiges Geldsystem und Vollgeldsystem

	Bestehendes Geldsystem	Vollgeldsystem
Zahlungsmittel	fraktional (d.h. zweistufig) Bargeld (Münzen und Banknoten): staatlich Elektronisches Giralgeld: privat	„voll“ (d.h. einstufig)
Geldschöpfungsgewinn (Seigniorage)	Bargeld: Staat Giralgeld: Banken	Vollgeld: Staat
Inumlaufbringung	Bargeld: Zentralbank über Banken Giralgeld: Banken über Nicht-Banken	Vollgeld Grobsteuerung: Zentralbank durch den Staat Feinsteuerung: Zentralbank durch Banken
Zahlungsmittelmenge bzw. Kreditmenge	Endogen/exogen Je nach dem Grad des restriktiven Verhaltens der Zentralbank	Endogen/exogen Je nach dem Grad des restriktiven Verhaltens der Zentralbank
Zentralbank-Ziele	Preisstabilität	Allgemeinwohl: Preisstabilität, Vollbeschäftigung, Konjunkturstabilität, Vermeidung von Finanzblasen.

Die staatliche Zentralbank ist das oberste Organ für die Geldschöpfung. Im Eurosystem wäre das die EZB in Verein mit dem System Europäischer Zentralbanken (ESCB). Diese würden zu einer unabhängigen Staatsgewalt vergleichbar mit der Judikative erhoben. Die monetäre Verantwortung fiele der Zentralbank (EZB) zu, die fiskalische Verantwortung die Regierung. Die Zentralbank ist unabhängig, die Vereinnahmung des Zentralbankgewinns und die Verausgabung des neuen Vollgelds über den Staat hat aber aufgrund demokratischer Parlamentsentscheidungen zu erfolgen.

Die Entwicklung der Geldmenge solle sich dann streng am Geldbedarf der Realwirtschaft und der BIP-wirksamen Finanzwirtschaft orientieren. „Zentralbanken können in einer Vollgeldordnung ihre Ziele besser ansteuern,“ schreibt J. Huber, „indem der größere und langfristige Teil des ggf erweiterten Geldbedarfs als originäre Seigniorage über Staatsausgaben in Umlauf gebracht wird, während der kleinere und kurzfristige Teil der Geldmengenausweitung weiterhin als Zentralbankkredit an Finanzinstitute herausgegeben werden kann, als wichtiger Kanal des laufend zu re-adjustierenden Geldumlaufs. Die Zentralbank kann dabei sowohl über die Geldmenge (und damit zinsbeeinflussend) das Geschehen steuern als auch über ihre Zinspolitik (und damit Mengenbeeinflussend). In einem Vollgeldsystem sind beide Zugänge unmittelbar effektiv, denn sie beziehen sich auf alles Geld, nicht nur wie heute die Basiszinspolitik auf einen kleinen Bruchteil von 2,5% des Geldes.“³

³ Joseph Huber, 2017, Was ist Vollgeld? auf: www.vollgeld.de/was-ist-vollgeld

4

Wie funktioniert das Vollgeld?

Hier in elf Schritten der Übergang zu einer Vollgeldordnung, wie ihn Christian Felber skizziert:⁴

1. Die Zentralbank wird zur einzigen Instanz, die zur Ausgabe von Geld befugt ist. Sie gibt künftig sowohl Banknoten und Münzen wie auch alles Buchgeld aus. All diese drei Formen von Geld werden zum gesetzlichen Zahlungsmittel.
2. Neues Geld (Vollgeld) wird entweder von der Zentralbank an den Staat gezahlt und von diesem verausgabt oder direkt an alle Bürger und Bürgerinnen ausgezahlt (Bürgerdividende). Erst dann fließt es zu den Banken, die kein Geld aus dem Nichts schöpfen können, sondern nur mit gesammeltem Vollgeld operieren.
3. Girokonten werden aus den Bankbilanzen ausgegliedert. Mit Vollgeld befinden sich die Girokonten nicht mehr im Besitz der Bank, sondern im Besitz der Bankkunden als „Geldspeicher für elektronische Zahlungsmittel“. Heute sind die Kontoguthaben der Kunden im Besitz der Bank, rechtlich und bilanziell entsprechen sie einem Kredit der Kunden an die Bank. Bei Vollgeld werden diese Konten von der beauftragten Bank nur mehr verwaltet, die Kunden können darüber als Besitzerinnen jederzeit frei verfügen.
4. Wenn die Bankkunden das auf ihrem Konto verfügbare Vollgeld renditebringend anlegen wollen, übertragen sie es per Vertrag der Bank. Erst dann geht der entsprechende Betrag an Vollgeld in die Bankbilanz ein, und erst dann steht es der Bank zur Kreditvergabe bzw. weiteren Veranlagung zur Verfügung.
5. Bei der Kreditvergabe an Kunden durch die Bank kommt es in ihrer Bilanz zu einem bloßen Aktivtausch. Der Kreditbetrag wird der Kreditnehmerin in Vollgeld übertragen, und eine Forderung gegen diese gebucht. Vollgeld kann nur einmal von der Bank verliehen werden. Die Kreditvergabe wird dann so funktionieren, wie sie sich die meisten Menschen das vorstellen: zuerst muss die Bank das Geld einsammeln, bevor sie es als Kredit weiterverleihen kann.
6. Der gesamte Kreditbedarf der Unternehmen eines typischen Industrielandes kann beim heutigen Stand an privatem Finanzvermögen dieser Länder leicht gedeckt werden.

⁴ Kurzfassung der S.1-3 von Christian Felber, *Vom Vollgeld zum „Souveränen Geld“*, 28.4.2016

Das Nettofinanzvermögen betrug in Italien 2016 173% des BIP, in Proportion deutlich mehr als jenes Deutschlands (124%). In reifen Volkswirtschaften kann der Kreditbedarf aus den Sparanlagen gedeckt werden. Sollten diese nicht ausreichen, kann die Zentralbank den Banken zusätzliche Kredite in Vollgeld vergeben, genauso wie heute.

7. Das Halten von Mindestreserven in Zentralbankgeld wird überflüssig, weil alles Geld vollgültiges Zentralbankgeld ist. Eine 100%-Reserve erübrigt sich aus demselben Grund. Aus zwei Kreisläufen wird ein einziger, mit einer einzigen Sorte Geld. Heute ist der Geldkreislauf zwischen der Zentralbank und den Banken von jenem zwischen Banken und Publikum streng getrennt. Elektronisches Geld der Zentralbank kommt nie beim Publikum an. Alles zirkulierende Buchgeld ist von Banken geschöpft worden. Das ist dann Vergangenheit.

8. Die Einführung des gesetzlichen Vollgelds vollzieht sich in zwei Phasen:

Phase 1: sämtliche Girokontobestände werden aus den Bankenbilanzen auf die Vollgeldkonten des Publikums ausgegliedert. Sie sind ab jenem Zeitpunkt Vollgeld. Die bisherigen Girokonto-Bestände auf den Passivseiten der Bankbilanzen werden umgebucht in Verbindlichkeiten gegenüber der Zentralbank. Auf der Passivseite steht dann die Zentralbank für die Vollgeldkonten im Besitz des Publikums gerade, die von der Zentralbank ausgegebenes gesetzliches Zahlungsmittel sind.

Phase 2: durch die Tilgung der „alten“ Kredite fließt den Banken Vollgeld zu. Damit können die Banken ihre Verbindlichkeiten gegenüber der Zentralbank begleichen. Auf den Aktivseiten der Banken werden Forderungen gegen Kreditkunden und Vollgeld, also Forderungen gegen die Zentralbank, getauscht. Die Bilanzen der Banken verkürzen sich im Laufe von bis zu 20 Jahren im Ausmaß der ehemaligen Girokontenbestände. Gleichzeitig verkürzt sich die Bilanz der Zentralbank um den gleichen Betrag wie bei einer Kredittilgung.

9. Die Zentralbank kann laufend neues Vollgeld erzeugen. Da sich durch die Umstellung der bereits in Umlauf befindlichen Giralgeldmenge in Vollgeld die Geldmenge insgesamt verringert, kann die Zentralbank neues Vollgeld in Umlauf bringen, in zumindest demselben Ausmaß wie altes Banken-Giralgeld ausgeschleust und gelöscht wird, bei einer wachsenden Wirtschaft eher mehr. Dieses frisch geschöpfte Vollgeld kann an den Staat fließen zwecks Abbau der Staatsschulden. Da die Giralgeldmenge heute rund 50% des BIP der Eurozone ausmacht, könnten die Staatsschulden der Euroländer halbiert werden, in Italien auf geschätzte 67% des heutigen Gesamtschuldenstands.

10. Neues Vollgeld wird durch die Zentralbank aus dem Nichts geschöpft und dem Staat ausbezahlt. Dieser kann es auf vier Wegen in Umlauf bringen:

- Tilgung von Staatsschulden
- Finanzierung öffentlicher Leistungen
- Senkung von Steuern
- Ausschüttung einer Bürgerdividende

Über die Verwendung entscheidet nicht die Zentralbank (Monetative), sondern die demokratischen Institutionen. Zusätzlich kann die Zentralbank bei Bedarf Zusatzkredite an die Banken vergeben, aber immer in Vollgeld.

11. Die Steuerung der Geldmenge wird bei Vollgeld wesentlich wirksamer. Die Geldmenge M1 (nur Vollgeld) muss in einer stabilen Relation mit dem BIP bleiben (z.B. 60%). Sie wird jährlich im Ausmaß des zu erwartenden BIP-Anstiegs erhöht. Für die Feinsteuerung stehen der Zentralbank die traditionellen Instrumente wie Offenmarktoperationen zur Verfügung.

5

Welche Vorteile bietet Vollgeld?

Wir alle betrachten die von der Zentralbank – früher der Banca d'Italia, jetzt der Europäischen Zentralbank – ausgegebenen Münzen und Banknoten als sicheres Geld. Das Vollgeldsystem wandelt auch unsere elektronischen Sichtguthaben auf dem Kontokorrent (dem künftigen Transaktionskonto) in vollgültiges Zentralbankgeld um. Mit dem Vollgeld gehören die Girokonten nicht mehr zur Bilanz der Banken und sind gegen Bankenpleiten und Spekulation immun. Die Banken können sich für ihre waghalsigen Geschäfte auf den internationalen Finanzmärkten nicht mehr dieser Geldmasse bedienen. Der Staat ist nicht mehr Geisel des Finanzsystems, da er die Banken nicht mehr mit Milliarden Euro Steuergeld retten muss, um die Vermögenswerte der Kleinsparer und den Zahlungsverkehr sicherzustellen. Hier eine nicht vollständige Liste der Vorteile, die sich aus der allfälligen Einführung eines Vollgeldsystems ergeben würden.⁵

5.1 Eine historische Chance für die Eindämmung der Staatsverschuldung

Ende 2016 hat die italienische Staatsverschuldung einen Wert von 2.250,3 Milliarden Euro erreicht (Banca d'Italia, Jahresbericht für 2016). Diese Verschuldung sollte sich 2017 im Verhältnis zum BIP auf 132,6% verringern, während sie laut Europäischer Kommission von 133% (2016) auf 133,1% (2017) ansteigen wird. Die Vereinbarungen mit der Währungsunion und der Fiscal Compact erfordern hingegen eine Verringerung der Staatsverschuldung auf 60% des nationalen BIP vor. Zu diesen von der Euro-Regelung vorgesehenen Bindungen ist noch jene des Haushaltsausgleichs hinzugekommen, der von Italien 2012 in die Verfassung aufgenommen wurde (Verfassungsgesetz vom 20. April 2012, Nr.1). In den letzten Jahren haben die Auswirkungen der Finanzkrise und das geringe Wirtschaftswachstum Italien daran gehindert, die übermäßige Staatsverschuldung abzubauen und den Haushaltsausgleich zu erreichen. Dank dem „quantitative easing“ der EZB und dem Sinken der Zinssätze auf Wertpapiere des italienischen Staatsschatzes ist es wenigstens gelungen, die Ausgaben für den Zinsendienst zu verringern.

⁵ Vgl. Thomas Mayer und Roman Huber (vgl. Huber/Mayer, 2014, S. 139-269) und Joseph Huber (Huber 2014, Kapitel 4, S. 34-47).

Die 19 Mitgliedsländer der Eurozone weisen zusammen Ende 2016 einen Schuldenstand von 9.558 Milliarden Euro auf. Das entspricht 89,2% des Gesamt-BIP der Eurozone (Eurostat), während in der EU-28 die Summe der Staatsverschuldung 12.392 Milliarden Euro betrug. Die dafür fälligen jährlichen Zinsen haben ein gigantisches Ausmaß angenommen und gehen zu Lasten des Staatshaushalts.

Da die Staatsanleihen in Italien (BOT, CCT usw.) zwar breit, aber sehr ungleich verteilt sind, trägt diese Politik zur Umverteilung des Einkommens von den mittleren und unteren Schichten zu den höheren Schichten bei, die staatliche Schatzbriefe in größerem Umfang halten. Der jährliche Zinsendienst wird sowohl mit den Steuereinnahmen als auch durch die Ausgabe neuer Staatsanleihen finanziert. Wie andere stark verschuldete Länder befindet sich Italien in der Klemme: infolge seiner Politik der chronischen und strukturellen Verschuldung muss es heute mindestens 4% der Staatsausgaben für den Zinsendienst aufwenden. Von 2010 bis 2013 hat Italien mehr als 300 Mrd Euro für den Zinsendienst ausgegeben (ISTAT). 2016 hat die "Rechnung" für den jährlichen Zinsendienst des Staats die 70-Milliarden-Euro-Marke überschritten.

Das Risiko einer Zunahme des berüchtigten "Spread" – d.h. der Differenz zwischen den Zinssätzen der italienischen Staatstitel und jenen der ausländischen Schatzbriefe – stellt ein ständiges Damoklesschwert dar. Wenn diese Differenz auch nur um ein paar Punkte ansteigen würde, könnte Italien leicht wieder in eine Finanzkrise schlittern. Derzeit wird das Problem in der Hoffnung auf stärkeres Wirtschaftswachstum einfach auf die lange Bank geschoben. Erst 2017 hat sich Italiens Nettoneuverschuldung auf 40,8 Milliarden (2,4% des BIP) leicht verringert, mit veranschlagten 74 Milliarden Euro für den Zinsendienst.

Die öffentliche Verschuldung schränkt schon seit Jahren die Möglichkeit des Staates ein, in vielen Bereichen auf sozialer Ebene zu investieren, und zwingt ihn, den Steuerdruck hochzuhalten. Die Staatsverschuldung ist nichts anderes als eine Verschiebung der Steuerlast auf die künftigen Generationen, deren Auswirkungen sie später zu spüren bekommen werden. Wäre es denkbar, die Staatsschulden zumindest zum Teil zu streichen? Nein, denn dadurch würde man den Konkurs sehr vieler Investment- und Versicherungsfonds, Banken und anderer Unternehmen mit unkalkulierbaren Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft riskieren. Eine solche Maßnahme scheint in der Eurozone nicht machbar zu sein, obwohl sie in einigen Fällen unvermeidlich erscheint, wie im Fall Griechenland, das bereits 2012 von der teilweisen Streichung der Staatsverschuldung profitiert hat.

Ist es denkbar, die Staatsschulden über eine höhere Inflationsrate zu verringern? Heute versucht die EZB, 2% Inflation zu erreichen, doch scheint dies keine gute Lösung zu sein: bei höherer Inflation müssten die stärker verschuldeten Staaten den Zinssatz auf ihre Schatzbriefe erhöhen, um mit einer solchen „Risikoprämie“ auf dem Finanzmarkt mithalten zu können. Damit würde die Differenz beim Zinssatz der Staatsanleihen der schwächeren Länder zu jenen finanziell soliderer Ländern wieder steigen. Vor allem Griechenland und Italien wären bald wieder an den Grenzen ihrer finanziellen Belastbarkeit. Im Übrigen sind die Zentralbanken und die EZB gesetzlich auf das Ziel der Preisniveaustabilität verpflichtet.

In einem System des freien Kapitalverkehrs auf deregulierten Finanzmärkten haben die Staaten kaum Auswege. Der Finanzmarkt – nicht eine öffentliche „Monetative“ – ist zur „Vierten Gewalt“ im Staate geworden und wacht aufmerksam über die öffentlichen Finanzen: direkte Kontrollen der Kapitalflüsse und des Marktes der Staatsanleihen sind mittlerweile undenkbar, wenigstens innerhalb der Eurozone.

Während Italien Mühe hat, seine Staatsverschuldung auch nur um ein paar Milliarden zu verringern, könnte der Schuldenstand bei einem Übergang zum Vollgeld halbiert werden. Wie oben erläutert, würde die Einführung des Vollgeldes die Neuschöpfung von 5.000 Mrd Euro für die gesamte Eurozone erlauben, die direkt an die Staaten fließen würden. Damit könnten rund 60% der Staatsschulden der Mitgliedsländer der Eurozone abgebaut werden. Man könnte von Steuererhöhungen und weiteren Einsparungen bei den Staatsausgaben absehen und müsste keine höhere Inflation zur Entwertung der Staatsanleihen herbeiführen.

Würden die Staaten ernsthaft einen wesentlichen Teil der Staatsverschuldung über Einsparungen abbauen wollen, käme es in relativ kurzer Zeit zu einem unerwünschten Effekt: die in Umlauf befindliche Geldmenge würde sich verringern und die Wirtschaft würde in die Krise geraten. Andererseits ist das Gewicht des Zinsdienstes für einige Länder wirklich untragbar geworden, weshalb es verständlich ist, dass sich diese weiterhin hinter einer einseitigen Abhängigkeit sowohl von den Banken als auch von den Finanzmärkten verschanzen.

Im Kontext des derzeitigen Geldsystems, das auf dem von den Banken geschaffenen Geld beruht, wird der Abbau der übermäßigen Staatsverschuldung nicht möglich sein. Der einzige realistische Weg ist der Übergang zum Vollgeld. Mit welcher Wirkung? Wie in Tabelle 4 ersichtlich, könnten die Euroländer 170 Milliarden Euro Zinsen pro Jahr einsparen und das vom Fiscal Compact auferlegte Haushaltsgleichgewicht erreichen,

ohne ihre Nettoverschuldung zu erhöhen. Das wäre eine historisch einmalige, nicht wiederholbare Operation. Später wäre das politische System dazu berufen, mit Kontrollen und Sanktionen jeden neuen Rückgriff der Regierungen auf permanente Neuverschuldung zur Finanzierung des Staatshaushalts zu verhindern.

Tabelle 2

Möglicher Abbau der Staatsverschuldung durch Übergang zum Vollgeld

	<i>Staatsverschuldung (in Milliarden Euro 2011)</i>	<i>in % des BIP</i>	<i>minus M1 -Vollgeld in Milliarden Euro</i>	<i>verbleibende Staatsverschuldung in % des BIP</i>	<i>Einsparung von Zinsen - in Milliarden Euro/Jahr</i>
Italien	1.897	120	- 867	65	34,7
Belgien	361	98	- 168	52	5,9
Deutschland	2.088	81	- 1.314	30	42,5
Frankreich	1.717	86	- 987	37	29,9
Griechenland	280	132	- 136	68	7,3
Irland	169	108	- 77	59	2,4
Österreich	217	72	- 135	27	4,8
Portugal	184	108	- 121	37	4,4
Schweiz	205	35	- 268	0	5,1
Spanien	734	68	- 576	15	20,2

Folgende europäische Länder würden sich durch die Einführung des Vollgelds vollständig von ihrer Staatsverschuldung befreien: Bulgarien, Dänemark, Estland, Finnland, Luxemburg, Malta, Norwegen, Schweden, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik.

Quelle: Thomas Mayer/Roman Huber (2014), *Vollgeld*, S. 171.

5.2 Das Vollgeld bereitet der Euro-Krise ein Ende

In der 2008 ausgebrochenen Finanzkrise mussten zahlreiche Banken und ganze Länder mit einem enormen Aufwand an Staatsmitteln auf Kosten der Steuerzahler gerettet werden. Die Insolvenz verschiedener Banken, die für "too big to fail" gehalten wurden, hätte weitere Banken und sogar manchen Staat mit in den Abgrund gerissen

und ein wahres Desaster ausgelöst. Bereits heute gleicht der Euro einem "Geldkartell von Staaten mit gemeinsamer Haftung", obwohl die EU-Verträge eine Nichtrettungsklausel vorsehen (Art.125 Gründungsvertrag der EU, Verbot des „bail-out“, d.h. von staatlichen Rettungsaktionen durch Notkauf oder Übernahme des Aktienkapitals). Diese Klausel wurde vom Rat der EU unter dem Eindruck der Entwicklungen auf dem Finanzmarkt durchgesetzt. Es wurden drei neue Institutionen geschaffen, die für die Kontrolle der Banken und der gemeinsamen Währung zuständig sind:

a) Das Europäische Währungssystem (EWS)

Das EWS ist ein permanentes Rettungsnetz, ausgestattet mit einem Kapital von 700 Mrd. Euro, welches von den Mitgliedstaaten der Eurozone gedeckt wird. Diese Staaten können das EWS nicht verlassen, müssen aber im Notfall weitere Mittel in den Rettungsfonds einzahlen. Mit der Einführung des Vollgelds würde das EWS überflüssig werden, da aufgrund der wesentlichen Verringerung der Staatsverschuldung kein Land mehr gezwungen sein wird, die Rettung mit EWS-Mitteln in Anspruch zu nehmen.

b) Bankenunion

Die Bankenunion der EU sieht eine zentralisierte Beaufsichtigung und Kontrolle der Banken, einen gemeinsamen Fonds für die Rettung konkursbedrohter Banken und eine öffentliche Garantie für die Einlagen der Kleinsparer vor. Auf diese Weise werden kleine und regionale Banken auf dieselbe Ebene wie Großbanken gestellt. Alle Banken müssen einer erheblichen Kostensteigerung begegnen. Nicht von ungefähr ist unter den Banken eine starke Opposition gegen diese Union zu verzeichnen, vor allem gegen die gemeinsame Einlagengarantie. Diese Garantie bringt außerdem neue Zahlungspflichten seitens finanziell starker Banken zugunsten von Krisenbanken im Ausland mit sich.

c) Basel III und die Flut neuer Regelungen

Die Richtlinien Basel III von 2010 sehen neue Regelungen hinsichtlich des Eigenkapitals der Banken vor. Dieser Text – er umfasst 616 Seiten – sieht vor, dass eine Bank von größerem Ausmaß einige Millionen Daten erheben muss, um allen Regeln gerecht zu werden. Seit der Finanzkrise 2008 wurden in Europa Dutzende von Richtlinien für die Banken und die Finanzmärkte verabschiedet: bisher zählt man mindestens zweihundert Seiten, und diese Zahl wird unweigerlich ansteigen, sobald einmal die Durchführungsbestimmungen genehmigt sind, da die Dichte der Reglementierung und die Kontrolle der Banken ständig zunimmt. Man rechnet, dass es im Bankensektor für die Einhaltung von Basel III zusätzlich 70.000 Arbeitsplätze braucht, um die neuen Regeln zu bewältigen.

Die Einführung des Vollgelds könnte die Fundamente des Systems reparieren, anstatt einzig und allein mit einem Übermaß an Reglementierung am Dach herumzuflicken. Befreit man den Staat von der Erpressung durch die Banken, dann verringert man die Notwendigkeit von äußerst komplizierten Kontrollen und Eigenkapitalvorschriften. Wie in der Vergangenheit könnten Pauschalberechnungen genügen. Mit einem stabileren Fundament könnte man auf dieses Übermaß an Bürokratie verzichten.

In den verschiedenen Vereinbarungen Basel I, II und III werden die Normen bezüglich des Eigenkapitals der Banken reglementiert. Nach der Euro-Krise 2008 wurde eine Reihe von EU-Richtlinien und EU-Verordnungen genehmigt, wie z.B für die Krisenbewältigung, die Garantien der Einlagen, die "Leer"-Verkäufe, den Machtmissbrauch auf den Finanzmärkten, die Investmentfonds, das Risikokapital, die OTC-Derivate, die Finanzinvestitionen, die Versicherungen, die Buchhaltungsrevisionen und das Credit Rating. Der fehlerhafte Bau des Bankensystems mit den diesbezüglichen verderblichen Auswirkungen auf die Stabilität und Gerechtigkeit des Systems hat die Politik dazu gezwungen, mit einer Masse von Kontroll- und Beaufsichtigungsmaßnahmen die Notbremse zu ziehen.⁶ Die Versuche der Instandsetzung des beschädigten Bootes erzeugten weitere Nebenwirkungen, die neue Schadensbehebungsmaßnahmen erfordern und einen verhängnisvollen Mechanismus von Fehlern, Korrekturen und weiteren Fehlern entfesseln. Die Komplexität des heutigen Systems würde sich dank einer Vereinfachung der Grundregeln verringern: das Vollgeld wäre ein erheblich einfacheres System mit einer geringeren Reglementierungsdichte.

Das Vollgeldsystem stellt eine seriöse Alternative zur Bankenunion und zur gemeinsamen Garantie der Einlagen dar. Der Zahlungsverkehr hinge dann nicht mehr von den einzelnen Banken ab und gleichzeitig wäre die Garantie der Einlagen nicht mehr erforderlich. Die Banken könnten auch in Konkurs gehen, ohne Systemrisiken hervorzurufen, denn jeder Sparer, der seine Einlagen seiner Bank für Investitionszwecke anvertraut, wäre seinerseits voll und ganz dafür verantwortlich. Die Sichtguthaben der Bankkunden gelangten nicht mehr in den Besitz der Banken.

5.3 Vollgeld ist sicheres Geld

Wer heute am Zahlungsverkehr teilnimmt, ist gezwungen, den Banken Kredite zu gewähren. Die zyprische Krise hatte die Zerbrechlichkeit des Bankenbuchgeldes deutlich aufgezeigt. Die Eigentümer von Einlagen bei einer Bank sind in formeller Hinsicht

nichts anderes als Gläubiger von Banken, obwohl sie das gar nicht wünschen, sondern sich einfach nur elektronisches Geld für verschiedene Zwecke zulegen wollen. Vor allem sind sie daran interessiert, das eingelegte Bargeld stabiler und sicher zu verwahren.

In der Finanzkrise 2008 und vor allem in der Krise der öffentlichen Finanzen in Griechenland und auf der Insel Zypern wurde das Vertrauen der Sparerinnen sichtlich erschüttert. In der Bankenkrise 2013 auf Zypern waren alle Bankeinlagen von über 100.000 Euro in die Sanierung der Banken einbezogen worden. In der Folge versuchten sowohl Versicherungsgesellschaften als auch Großunternehmen in Deutschland, bei der Zentralbank Konten zu eröffnen, um ihre Einlagen sicherzustellen. Als die Bundesbank diesen Antrag abwies, beschloss Siemens kurzerhand, eine eigene Bank zu gründen, um ein eigenes Konto bei der Zentralbank einrichten zu können.

Daraus ergibt sich eine einfache Schlussfolgerung: die Transaktionen der einfachen Bankkunden und Inhaber eines Kontokorrents sind von den übrigen Geschäften einer Bank abzukoppeln. Die Sichtguthaben der Bankkunden müssen im Eigentum der Kunden bleiben, anstatt ins Eigentum der Banken einzufließen. Erst wenn Bankkunden ihre Bankeinlagen in Wertpapiere investieren wollen, dann geht das Geld in die Bilanz der Banken ein, wie bei der heutigen Vermögensverwaltung durch die Banken.

Vollgeld ist hingegen Geld der Zentralbank und somit sicheres Geld. Es handelt sich nicht bloß um ein Guthaben gegenüber einer Geschäftsbank, sondern um eine elektronische Banknote, die von der Zentralbank ausgegeben und garantiert wird. In einem Vollgeldsystem ist es undenkbar, dass es zu einem "Bank-run" kommt, d.h. zum Sturm der Kunden auf die Bankschalter. Der Zahlungsverkehr wickelt sich über Konten und Kanäle ab, die von den Bilanzen der Banken abgekoppelt sind. Nach dieser Reform des Bankensystems können auch die größten Banken in Konkurs gehen.

Wenn das gesamte elektronische Buchgeld in Geld umgewandelt würde, das von der Zentralbank auf gleicher Ebene wie die Banknoten ausgegeben und garantiert wird (Vollgeld) würde der Zahlungsverkehr von den Bilanzen der Banken unabhängig gemacht. Auf den "Transaktionskonten" der Bankkunden befände sich einzig und allein Vollgeld, ausgegeben von der Zentralbank. Die Banken führten diese Konten im Auftrag der Kunden, wären aber nicht mehr deren Eigentümer. Wenn eine Bank in Konkurs geht, können die Kunden für den üblichen Bankenservice seelenruhig Bank wechseln. Die staatliche Garantie für Einlagen bis 100.000 Euro wäre überflüssig, da einzig und allein Vollgeld der Zentralbank in Umlauf wäre, mit demselben Sicherheitsgrad wie jenem der Banknoten und Metallmünzen.

⁶ Vgl. Thomas Mayer/Roman Huber 2014, S. 189-190

Im Falle des Erwerbs von Schatzbriefen, Bankobligationen und anderen Wertpapieren gewähren die Kunden der Bank keinen Kredit, sondern tätigen einen Ankauf von Vermögenswertpapieren aufgrund eines ausdrücklichen Vertrags gegen Zahlung von Zinsen. Bei einer allfälligen Insolvenz der Bank sind diese Investitionen wie alle Kredite von Gläubigern eines bankrotten Unternehmens gefährdet. Es handelt sich aber um ein privates Risiko jedes einzelnen Investors. Andererseits haben sich vor allem die Genossenschaftsbanken, um diesem Risiko zu begegnen, eigene Garantie- und Versicherungsfonds zugelegt.

5.4 Kein unlauterer Wettbewerb seitens der Banken

Eine weitere Auswirkung des Vollgeldsystems ist die Entflechtung der Banken, welche ihre Rettung seitens des Staates auf Kosten der Steuerzahler überflüssig macht. In Deutschland machen die Finanzierungen zwischen den Banken (Interbankenmarkt) durchschnittlich ungefähr 32% der Gesamtsumme der Bilanzen aus, in Italien etwas weniger. Dies beweist den hohen Grad an Kartellisierung des Bankensektors. Nicht von ungefähr verursacht der Konkurs einer Bank oft eine Kettenreaktion. Warum ist man zu einem so hohen Konzentrationsgrad gelangt? Wenn es den Banken gelingt, unter den Kunden Spareinlagen in höherem Ausmaß zu sammeln, als die gewährten Darlehen ausmachen, können sie diese überschüssigen Fonds anderen Banken zur Verfügung stellen. Die kleinen Sparkassen und Raiffeisenkassen leihen ihre aus den Kundeneinlagen stammenden liquiden Mittel oft anderen, größeren Banken und erreichen dabei einen beachtlichen Anteil.

Im Vollgeldsystem werden die gewöhnlichen Zahlungsoperationen von den Bilanzen der Banken getrennt. Daher kann man auf gute zwei Drittel der Interbankenbankkredite verzichten. Der Zahlungsverkehr kann abgewickelt werden, ohne die Banken zu Kreditaufnahmen auf dem Interbankenmarkt zu zwingen. Bei Vollgeld können die Banken einen Großteil der Interbankenkredite entsorgen, da die Zahlungsoperationen ausschließlich mit Vollgeld abgewickelt werden, ohne in ihre Bilanzen einzugehen. Auf diese Weise sind die Banken weniger voneinander abhängig. Je weniger Geschäfte auf eigene Rechnung getätigt werden, umso stabiler sind die Finanzmärkte, umso weniger Banken Krisen treten auf.

Für ihre Tätigkeiten auf eigene Rechnung auf den Aktien-, Wertpapier-, Derivat- und Immobilienmärkten können sich die Banken heute des von ihnen selbst geschöpften Geldes bedienen. Gerade deshalb befinden sie sich gegenüber den Nicht-Banken auf

denselben Märkten im Vorteil. Die Einführung des Vollgelds nimmt den Banken diesen Vorteil gegenüber anderen Akteuren auf dem Markt und vermeidet somit diese Form von unlauterem Wettbewerb. Dank der Zunahme des Wettbewerbs zwischen den Banken werden sich die auf den Finanzmärkten erzielten Renditen verringern. Die Banken werden auf einen Großteil ihrer Geschäfte auf eigene Rechnung verzichten und so ihre Risiken verringern, da in diesem Bereich das Hauptrisiko bei den Banken selbst liegt. So wird die Gefahr von Finanzmarktblasen verringert und gleichzeitig werden die Konjunktur- und Börsenschwankungen gedämpft. Die für den heutigen Finanzmarkt typische Volatilität wird deutlich zurückgehen.

Das Vollgeld wird somit eine doppelt wohltuende Wirkung auf die Stabilität der Banken haben: einerseits wird es drohende Risiken verringern, andererseits können Banken wie andere Unternehmen auch in Konkurs gehen, ohne dass das Bankensystem als solches in Schieflage gerät.

5.5 Das Vollgeld vermeidet Finanzmarktblasen

Die Finanzkrisen sind mit der Aufblähung des Geldvolumens aufgrund der übermäßigen Kreditfähigkeit der Banken entstanden. Heute erscheinen uns Finanzkrisen mittlerweile als gängige Symptome der modernen Geldsysteme. Die Finanzkrise 2008 ist noch keineswegs überwunden, doch abgesehen von ein paar Korrekturen bleibt das Geldsystem für Finanzblasen empfindlich, da die Schöpfung von elektronischem Buchgeld durch die Banken als Sauerstoffquelle intakt geblieben ist.

Auch der Immobilienmarkt ist für die Bildung von Blasen empfindlich, welche zuletzt in 14 von 18 Industrieländern verzeichnet wurden. Allein in der Eurozone ist im Zeitraum 1999-2007 der Durchschnitt der Immobilienpreise um 70% angestiegen (zum Beispiel in Irland, Spanien und Slowenien). Als diese Blasen platzten, zeigten sich die Auswirkungen in der gesamten Wirtschaft der USA, Großbritanniens, Irlands und Spaniens. In dem oben erwähnten Zeitraum hatten in Spanien, Irland und Großbritannien die Banken zuviel Geld geschöpft und die Geldschöpfung hatte solche Ausmaße erreicht, dass sie sich völlig von der realen Wirtschaft abkoppelte.

Andererseits sind die Banken vom Gesetz her nicht dafür verantwortlich, die Geldmenge in einem rationalen Verhältnis gegenüber dem BIP zu halten. Dieser Systemfehler ist auch auf die darin angelegte Tendenz zur überschießenden Buchgeldschöpfung zurückzuführen in Verbindung mit dem Privileg der Banken zur Geldschöpfung im Wettbewerb mit anderen Geldinstituten.

Die heute auf dem Geldmarkt präsenten Interessen sind eigentlich nicht miteinander vereinbar:

- die Versorgung der Wirtschaft mit Geld ist ein öffentliches Interesse;
- der Wettbewerb auf dem Kreditmarkt ist ein öffentliches Interesse;
- die Maximierung der Profite durch Kredit- und Finanzmarktoperationen ist ein privates Interesse.

Die Banken sind darauf ausgerichtet, ihre eigenen Interessen und nicht jene der Allgemeinheit zu verfolgen. Auch in Rezessionsphasen reagieren die Banken in pro-zyklischer Form: um Risiken und Verluste zu vermeiden, bremsen sie den Abschluss neuer Kreditverträge. Die Zentralbanken hingegen senken zwar den Leitzinssatz auf das Minimum, doch gelingt es ihnen trotzdem nicht, das Wirtschaftswachstum wieder in Gang zu setzen. Daher ist es im Interesse der Allgemeinheit besser, die Geldschöpfung der Zentralbank anzuvertrauen, einer Körperschaft, die mehr Legitimation auf demokratischer Ebene zugunsten der Interessen der Allgemeinheit besitzt.

Heute setzen sich zahlreiche Banken zu vielen Risiken aus: „too big to fail“ war eine Art Garantie für Großbanken, um im Krisenfall vom Staat freigekauft zu werden. Wenn diese Banken zahlungsunfähig würden, käme es zu einem unberechenbaren Domino-Effekt auf den Zahlungsverkehr von Millionen Kunden und Unternehmen, mit gefährlichen Auswirkungen für die gesamte Wirtschaft. Deshalb halten die Staaten daran fest, die größeren „systemrelevanten“ Banken nicht fallen zu lassen.

In einem Vollgeldsystem können die Banken kein Geld mehr selbst schöpfen, sondern nur Kredite mit bereits in Umlauf befindlichem Vollgeld vergeben. Die Zentralbank kann die Geldmenge viel besser steuern und diese nach dem Wachstum des BIP ausrichten. Das Vollgeldsystem vermeidet die Spekulationsblasen, da:

- die Blase sich gar nicht bildet: ohne die Schöpfung von Buchgeld seitens der kommerziellen Banken fehlt der „Treibstoff“, um die Blase starten zu lassen, da die Banken nur jene Beträge als Kredit oder Darlehen gewähren können, die sie zuvor unter jenen ihrer Kunden gesammelt haben;
- die Blase wächst nicht: bei einem begrenzten Kreditvolumen kommt es zu keinem quantitativen Wachstum, alles konzentriert sich auf die Qualität des Kredits;
- die Kunden haben weniger „Kredit-Treibstoff“ und können keine Immobilienblasen erzeugen;

- die Kreditlimits werden eingehalten: die Banken haben kein Interesse am Abschluss von Kreditverträgen mit Kunden, die im Immobilienbereich tätig sind, es sich aber aufgrund ihres Vermögens nicht leisten können;
- das Risiko, dass eine Blase platzen kann, verringert sich: wenn die Risikokredite ausbleiben, gibt es auch keine so genannten „Panikverkäufe“ und es kommt nicht zur Erzeugung von Derivaten.

Kurzum: das Vollgeld verhütet die Bildung von Finanz- und Spekulationsblasen, da es den Hahn des Treibstoffs zudreht, der diese Blasen nährt.

5.6 Eine wirksamere Steuerung der Geldmenge

Heute ist das Hauptinstrument in den Händen der Zentralbanken für die Steuerung der Entwicklung der Geldbasis der Leitzinssatz. Dieser wird auf Kredite angewandt, welche die Zentralbank den Banken gewährt, die damit ihre Kreditfähigkeiten refinanzieren. Im Augenblick der Kreditgewährung muss die Gläubigerbank die obligatorischen Mindestreserve bei der Zentralbank hinterlegen und sich Liquidität beschaffen. Ist der Leitzinssatz hoch, sind die Kredite kostspieliger und die Nachfrage nach neuen Krediten sinkt. Ist der Leitzinssatz niedrig, verringern sich die Refinanzierungskosten bei der Zentralbank und es kommt zu einem Ansteigen der Nachfrage. Je geringer die Kreditkosten sind, desto niedriger sind die Finanzierungskosten der Investitionen, desto mehr Schwung wird den Konsumausgaben verliehen und desto mehr wächst die Wirtschaft wieder.

Heute scheinen die Änderungen des Leitzinssatzes, der von der EZB bereits auf die historischen Mindestwerte von 0,25% („maximaler“ Bezugzinssatz) und 0% (zentraler Refinanzierungszinssatz) gesenkt wurde, kaum mehr Wirkung zu zeigen. Es scheint, dass die Niedrigzinspolitik nicht imstande ist, die reale Wirtschaft anzukurbeln, da der Vorteil der niedrigen Refinanzierungskosten zugunsten der Banken nicht an die Unternehmen weitergegeben wird. Andererseits kann die EZB den Leitzinssatz auch nicht erhöhen, da sie dann die Situation der bereits überschuldeten Mitgliedstaaten noch schwieriger machen würde. Derzeit werden die Finanzmärkte mittels des „*quantitative easing*“ der EZB (Ankaufprogramm von Staatsanleihen) mit 60 Milliarden Euro monatlich überschwemmt. 2016 hat das M1-Volumen in der Eurozone um 9% zugenommen, während die reale Wirtschaft im selben Zeitraum nur um 1,7% gewachsen ist.

Mit der Einführung des Vollgelds kann die EZB direkt die Entwicklung der Geldmenge steuern und übernimmt die direkte Kontrolle der Geldschöpfung. Bei einer Zunahme der Kreditnachfrage würden auch die auf die Banken angewandten Refinanzierungszinsen erhöht. Damit gäbe es keinen Raum mehr für wilde Spekulationen, die mit von den Banken selbst geschöpftem Geld finanziert werden. Heute können Zentralbanken die Geldmenge nur sehr ungenau steuern, mit dem Vollgeld wird diese Steuerungsmöglichkeit wiederhergestellt.

5.7 Schutz gegen Inflation

Die Stabilität des Geldes ist ein Grundwert, der die Stabilität der Wirtschaft im Allgemeinen und damit die Stabilität des demokratischen Systems insgesamt stärkt. Nicht von ungefähr sind die Zentralbanken oft per Gesetz dazu beauftragt, die Stabilität des Geldwertes zu garantieren. Von 1914 bis 2006 wurde in Deutschland eine durchschnittliche jährliche Inflationsrate von 5% verzeichnet. In den vorausgehenden Jahrhunderten war die Entwicklung des Preisniveaus viel stabiler: vom 16. Jahrhundert bis 1799 war es um 0,5% angestiegen und von 1800 bis 1913 um 0,71%. Heute sind alle an eine Inflation von rund 2% gewöhnt, obwohl die Preisniveaustabilität gesetzlich verankert ist (Art. 127 Gründungsvertrag der EU, Absatz 1). Im Grunde genommen wäre die EZB nicht einmal dazu befugt, auf eine Inflationsrate von 2% zu zielen. 2016 war die Inflation in Italien negativ, weshalb man von einer Deflation spricht.

In der Regel wird die Inflation auf die Konsum- und Produktionspreise bezogen, eigentlich sollten auch die Preise der Vermögensgüter inbegriffen sein. Die Inflation wird heute auch als ein nützliches Mittel zur Wiederankurbelung der Wirtschaft und Verringerung des Realwerts der Staatsschulden betrachtet. Die Inflation dient somit dem absolut größten Schuldner, nämlich dem Staat. Andererseits führt die Inflation zu einer Umverteilung der Vermögenswerte: sie schafft Vorteile für die Eigentümer von Immobilien und Sachkapital und Nachteile für jene, die in Wertpapiere investiert haben und den Lohnabhängigen, welche dem Geldwertverlust ausgesetzt sind. Bei Inflation gibt es immer Verlierer und Gewinner.

Die Inflation steht in direkter Wechselbeziehung mit dem Wachstum der in Umlauf befindlichen Geldmenge. Bei einem Vollgeldsystem steuert die Zentralbank die quantitative Entwicklung der Geldmenge direkt. Heute hat sie als einziges Instrument den Hebel des Leitzinssatzes in der Hand. Im Vollgeldsystem könnte die Inflation gegenüber der heutigen Situation noch besser kontrolliert werden.

5.8 Weniger soziale Ungleichheit

In Italien sinkt der Anteil des aus Arbeit – vor allem lohnabhängiger Arbeit – stammenden Einkommens fortschreitend, während der Anteil des Kapitaleinkommens zunimmt. Das derzeitige System des von den Banken geschöpften Buchgeldes verstärkt die Konzentration von Einkommen und Vermögen. Die durchschnittliche Rendite des Kapitals überschreitet dauerhaft die Wachstumsrate des BIP und der Lohneinkommen. Langfristig wächst das BIP in Europa um 1-1,5%, während die durchschnittliche Rendite des Kapitals jährlich um 4-5% ansteigt. Deshalb hat im letzten Jahrzehnt in fast allen Ländern der OECD (den Industrieländern) die Ungleichheit bei der Einkommensverteilung zugenommen (Piketty 2015). Daher die Notwendigkeit, in die Analyse der Ursachen der fortschreitenden Konzentration der Einkommen auch das Geldsystem miteinzubeziehen.

Welche könnten diese Ursachen sein?

a) **Das System des Bankenbuchgeldes trägt dazu bei, die Reichen zu fördern.**

An den Zinsen, die der Staat auf die Staatsanleihen zahlt, verdienen vor allem die wohlhabenden sozialen Schichten. Mit Vollgeld kann der Schuldenstand wesentlich gesenkt werden, womit sich auch die Ausgaben für den Zinsendienst auf die Staatsschuldtitel verringern. Die Zinsen sammeln sich – wie die Dividenden und andere Kapitalerträge – in erster Linie in den Händen der Oberschicht an. Die Staatsverschuldung schafft immer mehr Vorteile zugunsten bereits stark konzentrierter Kapitaleinkommen. Ein weniger verschuldeter Staat könnte die öffentlichen Ausgaben vor allem zugunsten der Familien mit niedrigem und mittlerem Einkommen erhöhen oder die Steuern für eben diese sozialen Gruppen senken.

b) **Das System des Bankenbuchgeldes erlaubt hohe Spekulationserträge.**

Die Geldmenge M1 ist in den letzten Jahren stärker angewachsen als das BIP. Infolgedessen wachsen die Finanzvermögen in mehr als proportionalem Ausmaß an. Die Schöpfung von Buchgeld durch Bankkredite führt zu einem Anstieg der Kapitaleinkommen. Dieser Mechanismus begünstigt die Spekulation, die durch Kredite für verschiedene Vermögensgüter finanziert wird: Immobilien, Aktien, andere Wertpapiere, Obligationen. Der Kredithebel bringt größere Profite mit sich, führt aber auch zu Finanzblasen und -krisen.

Von 2008 bis 2012 haben die Mitgliedstaaten der EU 442 Milliarden Euro in die "Stabilisierung der Banken, in Maßnahmen der Rekapitalisierung und für die Entlastung von Vermögensgütern mit Wertverlusten" investiert. Die EU hat Garantien für Kredite von 1.174 Milliarden Euro an Krediten geleistet. Diese Operationen zugunsten der Rettung der Banken fördern die Umverteilung der Vermögen von den einkommensschwachen Bevölkerungsschichten zu den wohlhabenderen.

Diese Entwicklung spiegelt sich im Anteil der Lohneinkommen am Volkseinkommen gegenüber den Kapitaleinkommen wider. Die aufgrund von Dividenden, hohen Pachtzinsen und Zinsen auf Staatsanleihen ausgeschütteten Gewinne steigen. All dies wirkt wie eine Gelddrainage weg von der Realwirtschaft, hin zu den Finanzvermögen, eine Drainage von den Armen zu den Reichen. Im Wesentlichen ist das Problem heute folgendes: Wie stark kann im Verhältnis zum BIP der Bestand des Vermögens und der Schulden, auf die ständig Zinsen gezahlt werden müssen, wachsen, ohne die Funktionstauglichkeit der Wirtschaft, des Sozialstaats und vor allem ohne den sozialen Frieden zu gefährden? Mit der Einführung des Vollgelds können gleich zwei Mechanismen der Umverteilung des Einkommens von unten nach oben beseitigt werden:

- das Geld wird ohne Zinsen in Umlauf gesetzt und der Geldschöpfungsgewinn verbleibt in öffentlicher Hand (Zentralbank und Schatzministerium);
- das Volumen der Geldmenge wird von der Zentralbank streng kontrolliert, der ständige Geldschöpfungshebel der Banken mit mehr Spekulation und Finanzblasen ist gesperrt; das Problem der wachsenden Ungleichheit der Einkommen schwächt sich ab, ist aber noch nicht gelöst.

Das von der Zentralbank geschöpfte Vollgeld wird von Schulden und Guthaben frei sein und direkt durch die Staatsausgaben in Umlauf gebracht. Das hat enorm positive Wirkung für die Mehrheit der Bevölkerung: es wird gegenüber der heutigen Situation zu einer etwas gerechteren Verteilung der Einkommen und Vermögen kommen.

5.9 Weniger Druck zu ständig mehr Wirtschaftswachstum

Die Schöpfung von elektronischem Buchgeld mittels der Bankdarlehen führt die Unternehmen in die Abhängigkeit von Investoren, Banken und Aktionären, die hohe Dividenden fordern. Dies äußert sich in einem ständigen Druck hin zum Wachstum des Umsatzes und des Shareholders Value. Dies ist einer der wesentlichen Gründe, die zur Wirtschaftskrise geführt haben. Das Vollgeld hingegen kommt durch die öffentlichen

Ausgaben des Staates in Umlauf, weshalb sich niemand verschulden muss, während das Eigenkapital von Unternehmen, öffentlichen Körperschaften und Familien zunehmen kann. Die Wirtschaft kann wachsen, da sie von einer kalibrierten Zunahme der Geldmenge begleitet wird, die von Seiten der Zentralbank getätigt wird. Sogar eine Wirtschaft ohne Wachstum kann stabil sein (vgl. Mayer/Huber 2014, S. 249-268).

Nettogewinne können heute die meisten Unternehmen einzig und allein durch ein wachsendes Geldangebot erzielen. Ohne dieses gäbe es keine Gesamtzunahme der Gewinne. Erst das Volumen der Geldschöpfung bestimmt das Niveau der Gewinne – hoch, mittelhoch oder niedrig – in einer Marktwirtschaft bestimmt. Je mehr Geld in jedweder Form (einschließlich des Buchgeldes) geschöpft wird, um so höher sind die realisierbaren Gewinne.

Man rechnet, dass ein konstantes Wachstum nur dann erzielt werden kann, wenn das durchschnittliche jährliche Wirtschaftswachstum nicht unter 1,8% abfällt, andernfalls schrumpft das Volumen der Geldmenge und man riskiert eine Depression. Es scheint, als wäre das heutige marktwirtschaftliche System dazu verdammt zu wachsen, solange es nicht gelingt, den Banken die Macht der Geldschöpfung mittels Kreditgewährung zu nehmen.

Wie verringert die Einführung des Vollgelds den Druck zum permanenten Wirtschaftswachstum?

- Die Unternehmen können sich eine höhere Eigenkapitalquote zulegen und weniger abhängig von Banken und externen Investoren werden (Fremdkapital).
- Die Zentralbank zahlt dem Staat die Zusatzeinnahmen aus der Geldschöpfung im Verhältnis zum erwarteten Wirtschaftswachstum, d.h. sie gibt den gesamten Geldschöpfungsgewinn an den Staat weiter.
- Wenn die Staaten diese Einnahmen ausgeben, tilgen sie Schulden, senken sie Steuern und infolgedessen bleibt mehr Geld in den Händen der Verbraucher.
- Dies bedeutet mehr Kaufkraft und mehr Verbrauch, und das wiederum führt bei den Unternehmen zu höheren Gewinnen.
- Diese Gewinne bleiben jenen Unternehmen, die weniger verschuldet sind und über mehr Eigenkapital verfügen.
- Die Unternehmen werden weniger abhängig von den Banken und von jenen Anteilseignern, die dem Unternehmen nicht real verbunden sind.

- Diese Zusammenhänge gelten für den Unternehmenssektor in seiner Gesamtheit, aber um so mehr für die kleinen und mittleren Unternehmen, die Familienunternehmen, die Genossenschaften und die Stiftungen.
- Das Vollgeld allein genügt nicht, es braucht natürlich weitere öffentliche Maßnahmen und weitere Reglementierungen der Wirtschaft im Allgemeinen.
- Die Geldmenge wird direkt von der Zentralbank gesteuert, die Wirtschaft wächst in einem bescheidenerem Rhythmus und tritt ein in eine Epoche der "wirtschaftlichen Genügsamkeit" (vgl. Mayer/Huber 2014, S. 268).

5.10 Anreiz für mehr freien Wettbewerb

Es gibt drei Gründe, warum das heutige Geldsystem den Wettbewerb stört:

1. Die Banken sind gegenüber den Nicht-Banken bevorteilt, da sie frei Geld schöpfen können, und haben für Eigengeschäfte weit geringere Finanzierungskosten. Wenn die Banken auf eigene Rechnung tätig sind, können sie einfach den gezahlten Preis auf dem Konto des Kunden "gutschreiben", mit dem neues elektronisches Buchgeld (nach Abzug der Refinanzierungskosten und der obligatorischen Mindestreserve) geschaffen wird. In den letzten Jahrzehnten hat man in der Bankenwelt eine enorme Verlagerung der Kreditfähigkeit hin zu den Geschäften auf eigene Rechnung verzeichnet, während die gewöhnlichen Unternehmen sich dieses Geld verdienen müssen. Im Grunde genommen handelt es sich um eine Verletzung der Regeln des freien Wettbewerbs.
2. Großbanken sind gegenüber Kleinbanken bevorteilt. Auch innerhalb der Bankenwelt kommt es zu einer Verzerrung des Wettbewerbs, da die Zinseinnahmen der Geldschöpfung vor allem von den Großbanken realisiert werden. Aus diesem Grund werden auch kaum mehr neue Banken gegründet.
3. Großbanken werden vom Staat im Zeichen des „too big to fail“ geschützt. Kein Staat kann es sich leisten, seine Megabanken in Konkurs gehen zu lassen. Für die Gläubiger und Aktionäre dieser Banken ist somit das Risiko sehr begrenzt. Das eben ist der Grund, warum Großbanken immer Kredite mit höherem Risiko und zu besseren Bedingungen als andere, kleinere Banken gewähren können. Mit dem Vollgeld überwindet man die staatliche Garantie des "too big to fail" und die Vorteile der Großen gegenüber den Kleinen fallen weg.

Wenn die Banken Darlehen einzig und allein mit dem Geld gewähren können, das unter den Sparern gesammelt oder von anderen Banken ausgeliehen wurde, sind sie auf derselben Ebene wie andere Unternehmen auf den Vermögensmärkten und die Wettbewerbsbedingungen sind gerechter. Zu den Nutznießern gehören auch jene Finanzunternehmen, die nicht Banken sind, da der unlautere Wettbewerb seitens der Banken wegfällt. Nur Banken genießen heute das Privileg der freien Schöpfung von elektronischem Buchgeld.

Tabelle 3

Vergleich der Grundelemente der Geldsysteme

<i>Element</i>	<i>Heutiges Geldsystem</i>	<i>Vollgeldsystem</i>
Geldformen und Art der Geldschöpfung		
Banknoten und Münzen erzeugt von....	Zentralbank	Zentralbank
Elektronisches Giralgeld geschöpft durch....	Banken im Weg der Kreditgewährung	Zentralbank
Zahlungsverkehr...	Fraktional auf zwei Ebenen: Bargeld: öffentlich/ staatlich Buchgeld/Giralgeld: privat (Banken)	Ein einziger Geldkreislauf Bargeld: Vollgeld (staatlich) Giralgeld: Vollgeld (staatlich)
In-Umlauf-Setzung		
Bargeld wird in Umlauf gebracht (Münzen und Banknoten)...	Zentralbank mittels der Banken	Makroorientierung: Zentralbank über Staatsausgaben Mikroorientierung: Zentralbank über die Banken
Elektronisches Giralgeld wird in Umlauf gebracht durch...	Banken durch Kreditgewährung an Nicht-Banken	Öffentliche Ausgaben oder Bankdarlehen

Element	Heutiges Geldsystem	Vollgeldsystem
Bankdarlehen und Bankgeschäfte		
Die Bankkredite werden finanziert durch...	...mit Geld, das die Banken mit Mindestreserve und Mindest-Eigenkapital schöpfen	...aus dem Mindesteigenkapital der Banken und aus den Spareinlagen der Bankkunden
Kreditgewährung von Bank zu Bank (Interbankkredite) wird vorfinanziert	... wird vorfinanziert
Wirkung der Gewährung eines Kredits in der Bankbilanz ...	Es findet eine Bilanzverlängerung bei der Bank des Volumens der Ausleihungen statt.	Wird als Aktivum der Bank verbucht. Das Darlehen ersetzt ein entspr. Guthaben dieser Bank bei der Zentralbank.
Fristentransformation...	... begrenzt durch die Vorschriften zur obligatorischen Mindestreserve	... begrenzt durch die Vorschriften zur obligatorischen Mindestliquidität
Zahlungssysteme		
Der Zahlungsverkehr wird verwaltet durch...	... Banken (service banking)	... Banken und andere Finanzdienstleister
Ziele der Banken und Geldschöpfungsgewinn (Seigniorage)		
Ziele der Zentralbank	Preisstabilität	“Gemeinwohl”; Preisstabilität, Vollbeschäftigung, Steuerung des Konjunkturverlaufs
Geldschöpfungsgewinn	Bargeld: Staat Giralgeld: Banken	Vollgeld: Staat

6

Wie kann Vollgeld eingeführt werden?

6.1 Die Umsetzung der Vollgeld-Reform

Der Übergang vom heutigen Giralgeldregime zu einer künftigen Vollgeldordnung lässt sich ähnlich wie die Ersetzung der von den privaten Banken ausgegeben Banknoten im 19. Jh. vollziehen. Diese wurden nach und nach ausgeschleust und durch Zentralbanknoten ersetzt. Eine kurzfristige Ausschleusung von Banknoten und Münzen wurde auch 2001/02 in den Euroländern vollzogen, als die nationalen Währungen durch den Euro ersetzt wurden. Das bisherige Giralgeld der Banken muss durch Buchgeld der Zentralbank, also echtes elektronisches Zentralbankgeld ersetzt werden. So wird das unbare Geld zu Vollgeld so wie bisher die Münzen und Banknoten und die Reserven der Banken bei der Zentralbank. Diese erhält die vollständige Zuständigkeit für alle Formen von Geld. Die einzelnen Schritte zur Einführung von Vollgeld sind im Abschnitt 4 „Wie funktioniert Vollgeld?“ erläutert worden.

Die Einführung des Vollgelds bedeutet keine Verstaatlichung von Banken. Bei den Eigentumsverhältnissen der Banken kann alles so bleiben wie es ist. Sie bedeutet nur die Übernahme der Verantwortung für die Geldschöpfung durch die öffentliche Hand. Die Banken verlieren ihr bisheriges Recht der Geldschöpfung und damit auch die Aneignung des Gewinns aus der Geldschöpfung (Seigniorage). Dieser kommt dann ungeschmälert der öffentlichen Hand zugute. So wie die Banken ihr Privileg, Banknoten auszugeben vor 100-150 Jahren verloren haben, verlieren sie bei Vollgeld das Recht auf Erzeugung von elektronischem Buchgeld. In Italien ist es überdies überfällig, die Zentralbank Banca d'Italia endlich ins öffentliche (staatliche) Eigentum zu überführen.

Der größere Teil des Geldmengenwachses wird bei Vollgeld schuldenfrei durch Staatsausgaben in Umlauf kommen. Der kleinere Teil über Kreditgewährung der Zentralbank an die Banken. Wird dadurch der Staat durch die Zentralbank finanziert? Kann sich bei Vollgeld die Regierung beliebig der elektronischen „Geldpresse“ bedienen? Nein. Die Zentralbank selbst bleibt unabhängig wie bisher. Das Verbot der direkten Finanzierung des Staatshaushalts durch Zentralbanken bleibt voll aufrecht. An die Staatskasse wird nur überwiesen, was die Zentralbank im Rahmen ihres gesetzlichen Mandats aus rein geldpolitischen Erwägungen an Geldschöpfungsgewinn bereitstellt,

so wie heute schon der Zentralbankgewinn. Dies zusammen verbessert ganz wesentlich die Wirksamkeit der Geldpolitik der Zentralbank.

Heute ist die Zentralbank der „Reserveleiher der letzten Instanz“. Sie ist nicht mehr die „Bank des Staats“, die dem Staat unbegrenzt Mittel bereitstellen muss, allenfalls führt sie noch staatliche Konten (Schatzamtssdienste). Monetäre Staatsfinanzierung ist durch den EU-Vertrag von Lissabon (Art. 123, Abs.1) verboten. Die Privatbanken können genauso wie Private jederzeit über den Ankauf der Staatsanleihen den Staat mitfinanzieren, was zur Schöpfung von Giral-Vollgeld führt, das über die Staatsausgaben verausgabt wird. Allerdings geschieht dies heute zu hohen Zinsen, die speziell bei einem Schuldenstand von 132% (Italien) eine gewaltigen Ressourcenabfluss für den Schuldendienst mit sich bringen. In einer Vollgeldordnung besteht eine klare Funktioneinteilung zwischen Regierung, Zentralbank und Banken:

- a) die Zentralbank besorgt die monetären Funktionen;
- b) die Banken nehmen Finanzierungsfunktionen wahr;
- c) die Regierung übt die fiskalischen Funktionen aus.

Die Zentralbanken wie die EZB erheben heute gar nicht mehr den Anspruch, die Geldmenge zu kontrollieren und ihr Wachstum zu steuern. Vielmehr ist es erste Priorität der EZB geworden, die Inflationsrate zu steuern, und zwar über die Leitzinsen und die Beeinflussung der Interbankenzinsen. Wird damit die Kreditvergabe und Giralgeldschöpfung der Banken beeinflusst? Joseph Huber führt vier Gründe an, warum dem nicht so ist:

1. Kurzfristige Zentralbankzinsen haben keine Lenkungswirkung mehr. Die Zentralbank refinanziert alles, was die Banken an Giralgeld schöpfen.
2. Eine Refinanzierungsrate von 3% kann keine Transmissionswirkung von 100% ausüben.
3. Höhere Leitzinsen beeinflussen die Zinsmarge der Banken, halten sie aber nicht von lukrativen Wertpapier- und Immobiliengeschäften ab.
4. Leitzinsen beeinflussen marginal andere Zinsen, aber nicht das allgemeine Zinsniveau, denn dieses bestimmt sich an den Vermögenmärkten.

Heute ist das Programm zum Aufkauf von Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt durch die EZB (sog. quantitative easing) das wirkungsvollste Instrument der EZB und stützt vor allem die stark verschuldeten Euro-Staaten. In einer Vollgeldordnung erhält die Zentralbank wieder die lückenlose Kontrolle über die Geldmenge zurück.

Die Zentralbank wird erst mit Vollgeld in die Lage versetzt, die Geldmenge wirkungsvoll zu steuern und ihr Wachstum am realen Wirtschaftswachstum bei annähernder Auslastung der Kapazitäten auszurichten.

Diese Geldmenge würde dann in Rückkopplung an die tatsächliche Entwicklung mithilfe der geldpolitischen Instrumente der Zentralbank justiert.

Wachstum und Entwicklung der Wirtschaft unterliegen verschiedenen Zyklen, die nicht nur monetär bestimmt sind. Das Wachstumspotenzial der Wirtschaft ist ein bewegliches Ziel. Der Geldbedarf muss antizipiert werden und die Geldmenge dem Wachstum entsprechend angepasst werden. Sie muss im Gleichschritt mit der Wirtschaft wachsen „bei einem gewissen Vorlauf der Geldmengen-Einschleusung und –ausschleusung“ (Huber 2017, 11).

Nicht nur dem Geldbedarf der Realwirtschaft, sondern auch der Finanzwirtschaft muss Rechnung getragen werden. Man spricht auch von kapazitätsorientierter Geldpolitik. Operative Ziele der Vollgeld-Politik (Geldpolitik bei Vollgeld) sind nicht nur die Geldmengensteuerung, sondern

- die Bandbreite der Inflation;
- der Außenwert der Währung;
- die Asset Inflation (Vermögenspreise und Volumina von Rendite-tragenden Finanztiteln im Verhältnis zum BIP).

Der größere und langfristige Teil des zu erwartenden Geldbedarfs würde bei Vollgeld als originäre Seigniorage über Staatsausgaben in den Umlauf gebracht werden, während nur der kleinere Teil der Geldmengenausweitung über Zentralbankkredite an die Banken ausgegeben würde. Bei Vollgeld kann die Zentralbank die Geldmenge wie auch den Zins steuern. Im heutigen Giralgeldsystem ist die Zinspolitik offenkundig zu schwach. In einem Vollgeldsystem sind beide Zugänge effektiv, denn sie beziehen sich auf den gesamten Geldbestand, nicht nur auf 2,5% wie derzeit im Euroraum.

6.2 Welche Probleme bleiben auch mit Vollgeld ungelöst?

Obwohl die Einführung von Vollgeld eine bahnbrechende Maßnahme zur Reform des Geldsystems wäre, ist es kein Allheilmittel, das alle Übel des Systems abstellt. Wie von Mayer und Huber betont (vgl. Mayer/Huber 2014, 282-284), bleiben auch nach Einführung des Vollgeldsystems zahlreiche "Baustellen" offen, bis es gelingt, ein stabileres, funktionstauglicheres und gerechteres Geldsystem einzurichten. Hier einige Beispiele:

1. Die Spekulation

Das Vollgeld dämmt die Spekulation mit Aktien, Immobilien, Derivaten, Rohstoffen, Währungen usw. ein, überwindet diese aber gewiss nicht zur Gänze. Es wird den Geldhebel verringern, der es unzähligen Akteuren auf dem Finanzmarkt erlaubt, für spekulative Operationen auf leichte Kredite zurückzugreifen, aber es beseitigt nicht die Spekulation an und für sich. Gegen die Spekulation werden weitere Regulierungsmaßnahmen vonnöten sein, vor allem in jenen Bereichen, in denen sie nicht die geringste Berechtigung hat und keinen erkennbaren sozialen Nutzen erfüllt, wie zum Beispiel in der Landwirtschaft und Ernährung. Außerdem könnten die Erzeugung und der Handel mit Derivaten und die Verbriefung von Krediten verboten werden, wenn sie nicht mit einer realwirtschaftlichen Operation verbunden sind. Die Spekulation mit Immobilien könnte mit einer zusätzlichen Mehrwertsteuer eingeschränkt werden.

2. Fehlen von Transparenz und Demokratie

In allen Mitgliedsländern der Eurozone können die Bürger, die wahren Souveräne in der Demokratie, nicht direkt regelnd ins Geldsystem eingreifen, d.h. sie können keine Volksabstimmungsrechte wahrnehmen, um gemeinsam Fragen der öffentlichen Finanzen und des Geldsystems aufzuwerfen. Außerdem gibt es im Geldwesen überall einen chronischen Mangel an Transparenz und Verständlichkeit für den Durchschnittsbürger. Die Banken, die Finanzlobbys und selbst die politischen Institutionen werden ihre Gründe haben, nicht ausreichend zu informieren, um jede direkte Beteiligung der Bürger zu vermeiden. Im Unterschied zur Schweiz ist es in Italien nicht möglich, eine echte Volksinitiative zu lancieren, um die Einführung des Vollgelds anzubahnen.

3. Das Fehlen des Währungsausgleichs zwischen den Staaten der Eurozone

Ein grundlegendes Problem des Euro bleibt die Spannung, die innerhalb der Eurozone aufgrund der strukturellen Verschiedenheit der Volkswirtschaften des Nordens und jenen des Südens entstanden ist. Innerhalb der Eurozone verbleiben auch starke

Ungleichgewichte in den Staatshaushalten und bei der Produktivität. Mit dem Euro wurden die nationalen Reparaturwerkzeuge, wie z.B. die Wechselkurse, die Inflation, die Differenz bei den Zinssätzen auf den nationalen Finanzmärkten, beseitigt. Tendenziell bleiben dauerhaft Spannungen zwischen Ländern mit starken Überschüssen und Ländern mit chronischem Haushaltsdefizit aufrecht. Dieses Problem besteht auch auf globaler Ebene und kann nicht einzig und allein durch die Einführung des Vollgelds gelöst werden.

4. Die Steuerparadiese und die Steuersouveränität

Die Steuerparadiese entsprechen einem ganz bestimmten Bedarf des internationalen Finanzmarkts. Es handelt sich um Territorien, die für ein System der in den reichen Ländern konzentrierten Finanz- und Wirtschaftsmacht perfekt funktional sind. Die Palette an Steueroasen ist bunt: sie reicht vom EU-Mitgliedsstaat Luxemburg über den US-Bundesstaat Delaware bis hin zu den entlegenen Cayman Islands, einem von Großbritannien abhängigen Territorium. Es bestünde die Möglichkeit, die Steuerparadiese ernsthaft zu bekämpfen und die Finanzflüsse zwischen den Wirtschaftszentren und diesen Paradiesen zu kontrollieren, aber bis heute fehlt dazu der politische Wille.

5. Das Trennbankensystem (*narrow banking*)

Die verschiedenen Bankentypen müssen gesetzlich wieder getrennt werden: Banken gewähren Darlehen und wickeln den Zahlungsverkehr ab, Investitionsbanken agieren auf den Finanzmärkten, andere Kreditinstitute beschäftigen sich mit Sonderkrediten. Dieses Trennungsmodell dient vor allem dazu, die gigantischen Universalbanken vom "Too big to fail"-Typ zu entflechten und außerdem das gesamte System besser zu kontrollieren. Auf diese Weise würde sich der Finanzhebel der Banken verringern, denn das verfügbare Kapital für Eigengeschäfte wäre weit bescheidener. Darlehen stünden für die Realwirtschaft und für die Familien bereit, statt ständig Ressourcen zur Spekulation auf den Finanzmärkten zu verlagern. Auch die interne Struktur der Banken ist dringend einer Revision zu unterziehen (vgl. Felber 2014, S. 110-153).

6. Die Besteuerung der Finanztransaktionen

Dieser weit zurückreichende Reformvorschlag tritt derzeit noch auf der Stelle, und zwar wegen des Widerstands sowohl einiger Staaten, vor allem Großbritanniens, als auch der transnationalen Finanzlobbys. Ein Mindeststeuersatz auf alle Transaktionen würde nicht von "normalen" Investitionen in Wertpapiere und Aktien abschrecken, wohl aber die Spekulationen und den Hochfrequenzhandel wesentlich einschränken.

Die Finanztransaktionssteuer wäre nicht nur eine Spekulationsbremse, sondern auch eine Quelle für zusätzliches Steueraufkommen. "Diese notwendige Verkleinerung der Finanz", schreibt Andrea Baranes, "ist ein weiterer Beweggrund für die Beseitigung des Schattenbankensystems, der nicht reglementierten Derivate, der Steuerparadiese und aller Instrumente, die ein unkontrolliertes Wachstum ermöglichen, und dies durch Einführung von Reglementierungsmaßnahmen, welche gegen die Spekulation angehen und die Volatilität verringern. Eine Steuer auf Finanztransaktionen ist ein wichtiger Mosaikstein in diese Richtung." (Baranes 2012, 219)

7. Die Verbesserung der internationalen Governance des Finanzmarkts

Die G20, die Plattform der zwanzig mächtigsten Volkswirtschaften, hat die Existenz von Systemrisiken und die Notwendigkeit der Reglementierung der Finanzmärkte erkannt. Tatsächlich jedoch hat sie bei der Governance der internationalen Finanzmärkte keinen Schritt nach vorne getan. Während diese in globalem Maßstab agieren und von Institutionen wie der WTO und dem FMI gefördert werden, sind die Reglementierungs-, Beaufsichtigungs- und Kontrollsysteme noch in den Händen der einzelnen Staaten oder von Staatenbünden. Die Unterschiede und Spannungen zwischen Regierungen und Staatenblöcken haben dazu geführt, dass es der G20 nicht gelungen ist, strengere Regeln durchzusetzen, abgesehen davon, dass die G20 nicht für die übrigen 173 Mitgliedstaaten der UNO agiert.

8. Die Unterkapitalisierung der Geschäftsbanken

Der Grad an Kapitalisierung der bedeutendsten italienischen Banken liegt um zwei Punkte unter dem durchschnittlichen Grad der europäischen Finanzinstitute (14,2%). Infolge der Krise der bedeutenden Banken hat sich das Verhältnis zwischen Eigenkapital und dem Gesamtwert der Darlehen fast verdoppelt, und zwar ist es von 6,1 auf 11,6% (2016) angestiegen (Banca d'Italia, Jahresbericht 2016, 165), doch geht die Krise zahlreicher Banken mit einer zu hohen Rate notleidender Kredite weiter. Aufgrund von Basel III müssen die Banken jetzt über mehr Eigenmittel verfügen, während vor der Krise die Refinanzierungsquote zwischen 3 und 5% schwankte. Auch Basel III scheint dieses Problem nicht zu lösen. In Italien ist nach der Rettung der MPS auch für die Banca popolare di Vicenza und die Veneto Banca eine staatliche "Sicherheitsrekapitalisierung" erforderlich geworden.

Die erwähnten Fragen stellen nur einige Beispiele von Problemen dar, die die Einführung des Vollgelds nicht automatisch lösen kann. Die Kontrolle der Kapitalflüsse, die Eindämmung der Finanzlobbys, die Besteuerung der Spekulationstransaktionen, das

Trennbankensystem, die Bekämpfung der Schattenbanken, die Schließung der Steuerparadiese: all dies bleibt auf der Agenda einer Politik, die dazu aufgerufen ist, aus der Finanz ein Werkzeug der Humanität zu machen und nicht das Gegenteil davon, wie man es bisher erlebt hat. Um das Gewicht der Finanzmärkte im Weltwirtschaftssystem zu verringern, muss die Liberalisierung der Märkte, die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und die Deregulierung gestoppt oder gar umgekehrt werden.

Tabelle 4

Schematische Gegenüberstellung der Reformen des Geldsystems

Ziele	Vollgeld-Reform	Andere mögliche/notwendige Reformen im System	Kombination Vollgeld + andere Reformen
Einfache Struktur	+++	-	+++
Sicherheit des Zahlungssystems im Falle eines Bankenkurses	+++	Öffentliche Garantie der Einlagen Pflicht zu Mindesteigenkapital Erhöhung der Mindestreservesatzes	+++
Deckung der öffentlichen Ausgaben / des Staatshaushaltsdefizits	+++	Quantitative Easing – Ankauf von Staatsanleihen von Seiten der EZB für einen begrenzten Zeitraum	+++
Verringerung des Bestandes der Staatsverschuldung	+++	Abbau des Schuldenstands - Schuldenschnitt (<i>Hair-Cut</i>)	+++
Verhütung der Bildung von Spekulationsblasen	+	Trennbankensystem Regulierung der Finanzmärkte	+++

Steuerung der Konjunkturzyklen	+++	Negativer Zinssatz für Einlagen bei Zentralbank Kredite, die an die Weitervergabe an die Unternehmen geknüpft werden.	+++
Ungleichheit von Einkommen und Vermögen	+	Einkommens- und Vermögenssteuern. Schließung der Steuerparadiese. Einkommenssteuer mit stärkerer Progressivität.	+++
Vom Gesetz festgelegte Ziele für die EZB	-	Vollbeschäftigung nachhaltiges Wirtschaftswachstum	++
Strukturreform des Bankensystems	-	Höchstumfang des Umsatzes und Vermögens, Entflechtung und demokratische Verfassung	++
Internationale Ungleichgewichte	-	<i>Bancor</i> (Keynes)	+++

+++ starke Wirkung, ++ mittelstarke Wirkung, +geringe Wirkung, -keine Wirkung.

6.3 Das Vollgeld und der Euro

In der Regel kann ein Vollgeldsystem am besten im Rahmen eines souveränen Staates mit eigener nationaler Währung eingeführt werden. In einer Währungsunion wie der Eurozone ist die Situation teilweise anders geartet. In der EU wurden zahlreiche Bereiche der Wirtschafts- und Geldpolitik auf die Gemeinschaftsebene übertragen, während gewisse Zuständigkeiten – wie das Steuersystem und die nationalen Haushalte – zur Gänze innerhalb der nationalen Souveränität verblieben sind, allerdings gemeinsamen Regeln wie etwa dem Fiscal Compact unterworfen. Die monetären Zuständigkeiten wie die Währung, die Geldschöpfung und die Seignorage wurden zur Gänze an die Europäische Währungsunion abgetreten. Dieser Übergang gilt de jure, denn tatsächlich sind es dann, wie oben dargelegt, die Banken, die den Großteil der Geldschöpfung kontrollieren und sich den diesbezüglichen Geldschöpfungsgewinn sichern. Deshalb befinden wir uns heute in Europa auf halbem Weg zwischen der nationalen Souveränität und einem Staatenverbund mit weitreichender Macht.

Nach dem Austritt Großbritanniens aus der EU stimmt die Eurozone mit einem größeren Teil der EU überein, und in den nächsten Jahren sollen weitere Mitgliedsstaaten voll und ganz dem Euro beitreten, weshalb das Schicksal der EU und des Euro noch stärker verflochten sein werden. Die Zukunft der EU hängt von der Gemeinschaftswährung ab, und der Euro hängt seinerseits von einer stärker konsolidierten Europäischen Union ab.

Die 2008 ausgelöste Finanzmarkt-, Staatsschulden- und Eurokrise ist nur zum Teil überwunden worden. Übermäßige Haushaltsdefizite und ein zu hoher Schuldenstand lasten auf vielen Euroländern. Dazu gesellen sich die unzureichende Kontrolle der Finanzmärkte und die Gefährdung vieler Banken durch faule Kredite. Auch in Zukunft werden sich Staaten gezwungen sehen, trotz dem Verbot, größere Banken zu retten. Die überschießende Schöpfung von Giralgeld seitens der Banken geht unvermindert weiter. Die Verbreitung des elektronischen, bargeldlosen Zahlungsverkehrs hat den Banken eine Art Souveränität verschafft, während die Kontrolle des Geldangebots den Regierungen entglitten ist. Die Banken schöpfen elektronisches Giralgeld nach eigenen Interessen und eigenem Bedarf ohne gesamtwirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Interessen zu berücksichtigen.

In großen Staaten wie den USA, China, Japan, Indien, Russland und Brasilien gefährden auch schwere, durch die Staatsverschuldung oder das Bankensystem bedingte Krisen nur schwerlich die nationale Währung als solche. Anders gelagert ist der Fall des Euro, denn dieser ist auf einen Verbund von 19 Staaten gegründet, die weder untereinander sehr einig, noch wirtschafts- und finanzpolitisch immer koordiniert vorgehen. Abgesehen von allgemeinen Divergenzen auf politischer Ebene macht die EU derzeit eine Periode der institutionellen Krise durch und verschiedene Mitgliedsländer, wie Italien, Portugal, Spanien und Griechenland, leiden unter der von der Währungsunion dekretierten Sparpolitik. All dies macht das gesamte Projekt Euro leichter verletzbar. Diese Phase der Schwäche bietet der neonationalistischen Rechten eine leichte Zielscheibe für ihre Forderung nach Rückkehr zu nationalen Rezepten zur Krisenbewältigung, wobei sie sogar auf den Austritt aus dem Euro und/oder aus der EU drängt. Dies gilt sowohl für jene Länder, die bereits Mitglieder der Eurozone sind, als auch für jene, die dieser noch beitreten müssen.

In diesem Szenario ergeben sich fünf mögliche Strategien für eine Währungsreform im Euro-Raum. Joseph Huber (vgl. Huber 2013, Monetary Reform in the Eurosystem) fasst diese Strategien in folgenden Punkten zusammen:

1. Beibehaltung des Euro und Durchführung einer Reform innerhalb des Eurosystems;
2. Überwindung des Euro, Einführung einer nationalen digitalen Währung mittels einer ausschließlich nationalen Währungsreform ohne Berücksichtigung anderer Länder;
3. Beibehaltung des Euro, aber Einführung einer zweiten souveränen Währung als paralleler nationaler Währung;
4. vorübergehender Austritt aus dem Euro;
5. endgültiger Austritt aus dem Euro, Umsetzung einer nationalen Währungsreform, um zur nationalen Währung zurückzukehren.

Konzentrieren wir uns auf Lösungsvorschlag 1, welcher der vielversprechendste zu sein scheint. Abgesehen von einigen Funktionsstörungen und Konstruktionsfehlern hat der Euro einige grundlegende Ziele wie die Preisstabilität, eine konsolidierte Position als Währungsreserve auf globaler Ebene, ein leistungsfähiges System des Zahlungsverkehrs in der Eurozone, mehr Transparenz und andere Vorteile für die Wirtschaft und die Allgemeinheit erreicht. Der Euro wird von rund 70% der Bevölkerung in der Eurozone akzeptiert, obwohl er in Italien mit zunehmender Skepsis betrachtet wird. Mit der Einführung des Euro 1999 ist die Währungssouveränität auf die Europäische Währungsunion übertragen worden, ein Aspekt, der nicht zwangsläufig im Gegensatz zu den nationalen Interessen steht. Zahlreich sind die Zuständigkeiten, die in den ersten sechzig Jahren der EU auf die Gemeinschaftsebene übertragen wurden, und die gemeinsame Währung ist ein logisches Element, welches den Binnenmarkt vervollständigt. Andererseits haben die Mitgliedstaaten seit mehr als einem Jahrhundert die Befugnis der Schöpfung von Buchgeld auf private Unternehmen übertragen, nämlich auf die Banken. Unter dem Gesichtspunkt der Demokratie ist es weit legitimer, die gesamte Währungsbefugnis wenn nicht einem Einzelstaat eben einem Staatenverbund wie der EU anzuvertrauen, als etwa einem Konglomerat von privaten Finanzgruppen und Banken. In der Eurozone würde das Vollgeld im Sinne eines gesetzlichen Zahlungsmittels, das ausschließlich von der Zentralbank geschaffen wird, von der EZB in Umlauf gesetzt, und zwar einzig und allein von der EZB.

Grundsätzlich sind alle bisher dargelegten Argumente pro Vollgeld sowohl für einen Einzelstaat als auch für einen Staatenbund, sowohl für eine große Volkswirtschaft (die USA) wie für eine sehr kleine Realität (Island), sowohl für einen Bundesstaat (Schweiz) wie für einen Einheitsstaat (Frankreich) gültig.

Der grundlegende Punkt besteht darin, dem Geldsystem Sicherheit und Stabilität zu verleihen, die Konjunkturzyklen zu glätten, die Finanzmärkte zu kontrollieren und die Finanzspekulation einzuhegen, die öffentlichen Finanzen solider zu gestalten, das Geldangebot und die Geldmenge direkt zu steuern, den ursprünglichen Geldschöpfungsgewinn der Zentralbank und infolgedessen dem Staat zu übereignen. Im Besonderen eröffnet der Übergang zum Vollgeld die historische Chance zur wesentlichen Verringerung des Staatsschuldenberges dank der oben erläuterten "Übergangsseignorage".

Die Einführung eines Vollgeldsystems innerhalb der Eurozone könnte das Euro-System stärken und zur Stabilisierung der öffentlichen Finanzen in den Mitgliedsländern beitragen. Sie könnte den Weg zu einer besser zusammenhaltenden Bankenunion und vielleicht zu einer Steuerunion ebnen. Das von der EZB geschaffene neue Geld würde nach den Anteilen der einzelnen Mitglieder in der EZB verteilt, wobei als

Basis die kombinierte Formel von Bevölkerungs- und BIP-Anteil verwendet würde. Wenn die Mitgliedsstaaten der EU alle einverstanden wären, könnte der Ertrag aus dem ursprünglichen Geldschöpfungsgewinn nicht nur den gesamten EU-Haushalt decken, sondern sogar einen Überschuss in die Staatskassen aller Euro-Staaten spülen.

Heute zeichnet sich innerhalb der EU eine Entwicklung hin zu einem Staatenbund mit unterschiedlicher Geschwindigkeit ab. Ein Kern von Mitgliedsländern könnte sich dafür entscheiden, die Integration weiter zu vertiefen, während andere Länder sich später anschließen könnten, wobei sie auf jeden Fall EU-Mitglieder bleiben würden. Diese Idee der "konzentrischen Kreise" ist noch wahrscheinlicher für die allfällige Einführung des Vollgeldsystems. Obwohl es wünschenswert ist, dass sich die gesamte Eurogruppe gleichzeitig zum Vollgeld bekehrt, werden so gut wie sicher einige Länder den Wegbereiter spielen müssen. Dies ist kein unüberwindliches Hindernis, da es von allem Anfang an klar ist, dass die Einführung des Vollgelds in einem Kontext politischer und wirtschaftlicher Stabilität viel wirksamer sein wird.

Eine andere Tatsache ist unumstößlich. Das Vollgeld würde die freie Konvertierbarkeit des Euro weder gefährden noch aufs Spiel setzen, um so weniger wird die gleichzeitige Einführung von Kontrollen und Beschränkungen des Kapitalverkehrs vonnöten sein. Das Zahlungssystem auf nationaler und internationaler Ebene kann wie zuvor weitergehen, unter Beibehaltung aller Bankcodes der Inhaber der Konten. Buchhaltungssysteme werden sich nur geringfügig ändern. Dies würde sowohl die in Euro als auch die in ausländischer Währung getätigten Zahlungen betreffen, denn es ist nicht entscheidend, ob das verwendete Geld der Art nach Bankbuchgeld oder ein von der Zent-

ralbank geschöpftes Vollgeld ist. Auch nach Einführung des Vollgeldsystems würde der Zahlungsverkehr innerhalb des Zahlungssystems der Eurozone Target 2 abgewickelt werden, das vom System der Zentralbanken der Eurogruppe verwaltet wird.

Die Einführung des Vollgelds ist keine Währungsreform. Die jeweiligen nationalen Währungen oder der Euro blieben wie bisher in all ihren Formen (Münzen, Banknoten, elektronisches Geld in stabilen oder mobilen Trägern) in Funktion und ebensowenig würden die Zahlungsverfahren verändert. Das Vollgeld greift nicht in die Kredit- und Schuldverhältnisse ein und würde nicht einmal das Volumen der verfügbaren Geldmenge verändern und Kreditengpässe oder einen übermäßigen Kapitalmangel verursachen. Vielmehr wird es dazu beitragen, das Niveau der Preise und Konjunkturzyklen zu stabilisieren, und außerdem die Finanzstabilität und einen viel stabileren Währungswechselkurs begünstigen.

Infolgedessen bestehen nicht die Voraussetzungen für eine Kapitalflucht, die immer wieder von jenen befürchtet wird, die sich dieser Reform widersetzen. Im Gegenteil: sobald die stabilisierenden Auswirkungen des Vollgeldsystems spürbar werden, kann mit einem starken Zufluss von ausländischem Geld gerechnet werden, das aus viel weniger stabilen Währungsbereichen herkommt. Dieses Phänomen könnte zu einer neuen Wertschätzung des Vollgelds führen, die vielleicht auch nicht gewünscht wird, wie es letztthin beim Schweizer Franken der Fall war. Ausgehend von einem offenen globalen Finanzmarkt wird der Kapitalzufluss – der dann in Euro oder eine beliebige andere nationale Währung umgewechselt wird – in einem bestimmten Ausmaß durch die Investitionsflüsse ins Ausland, den Kapitalabfluss, aufgewogen.

Weitere Probleme könnten sich hingegen aus der importierten Inflation ergeben. In einem Vollgeldsystem kann man das interne Geldangebot besser kontrollieren, wobei die Preise der importierten Güter wie heute außer Kontrolle bleiben. So wird eine Erhöhung der Erdölpreise weiterhin das Preisniveau in der Eurozone aufblähen, auch bei Vorhandensein eines Vollgeldsystems. Dasselbe gilt für die allfällige Inflation der Preise der Vermögensgüter auf den internationalen Finanzmärkten (asset inflation). Bei offenen Finanzmärkten kann man Zuflüsse von (Nichtvollgeld-) Spekulationskapital nicht vermeiden. Diesen Funktionsstörungen und Überschüssen ist mit anderen Finanzbestimmungen zu begegnen, die auf jeden Fall notwendig sind, nicht nur auf der Ebene der Eurogruppe, sondern auch auf allgemein europäischer Ebene, ebenso wie auf jener der G20 und auf der globalen Ebene.

Der Lösungsvorschlag 1, d.h. die “Beibehaltung des Euro und Durchführung einer Geldreform innerhalb des Eurosystems”, erscheint tatsächlich als der vielversprechendste, wie Joseph Huber ausführt (Huber 2013). Die kritischen Aspekte des geltenden Systems können innerhalb dieser gemeinsamen Währung überwunden werden. Eine parallele nationale Währung in elektronischer Form, die frei in Euro umwechselbar wäre, ist mit der Euro-Regelung kaum vereinbar.

Ein vorübergehender Austritt aus dem Euro-System oder die Einführung des Vollgeldsystems in einem einzigen Land erscheint als nicht gangbarer Weg, da der Grad der Integration des Finanz- und Bankenmarktes, der Zahlungssysteme sowie die Verflechtung der nationalen Wirtschaften im Allgemeinen innerhalb der Eurogruppe zu weit fortgeschritten ist.

Ebenso stünde der endgültige Austritt aus der Eurogruppe – wie er letztthin auch von Teilen der italienischen und spanischen Linken gefordert wurde – im völligen Widerspruch zum allgemeinen Prozess der europäischen Integration.

Abgesehen von der Einführung des Vollgelds in europäischem Maßstab muss das Euro-System als solches einer Revision unterzogen werden, denn andernfalls könnte eine ganze Reihe kritischer Elemente unvermeidlich weitere Krisen erzeugen. Erneut zu bekräftigen ist zunächst der Grundsatz des No-bail-out und des Verzichts auf allfällige Eurobonds, womit die stillschweigende Bildung einer “Union der Staatsverschuldungen” ausgeschlossen bleibt. Denn eine solche „Haftungs- und Schuldenunion“ könnte zu einem fehlerhaften Gesamtsystem führen und die verhängnisvolle Tendenz hin zu höheren Staatsdefiziten fördern, in klarem Gegensatz zur Vollgeldreform. Diese ist nicht dazu gedacht, die Staatsverschuldung zu halbieren, um einige Jahre später zum selben Schuldenstand zurückzukehren.

Die Maastricht-Kriterien, die von einer gewissen Strenge in den öffentlichen Finanzen geprägt sind (Höchstgrenze der Gesamtstaatsverschuldung, Obergrenze für die jährliche Nettoverschuldung, Koordinierung der nationalen Budgets usw.), sind nicht so sehr deshalb anzuwenden, weil einzig und allein auf diese Weise die Stabilität des Systems garantiert werden kann, sondern weil sich andernfalls die solideren und regeltreueren Mitgliedsländer unter dem Druck ihrer Wählerschaft vom Euro verabschieden werden. Auch die Bürger beginnen, es satt zu haben, für den Mangel an Verantwortungsbewusstsein und Haushaltsdisziplin anderer Länder geradestehen zu müssen.

Die von den EU-Normen vorgesehene Bankenunion muss ein paar weitere Schritte vollziehen: zunächst muss sie verschiedene Konkursverfahren für alle Banken einführen, um den Grad der Abhängigkeit der Regierungen von den Großbanken zu verringern und den Vorwand des "too big to fail" abzubauen. Das Übermaß an Staatsverschuldung, schreibt Joseph Huber, ist ein kombinierter Bankrott von Staaten und Banken, weshalb es nicht nur eine Sparpolitik braucht, sondern auch programmierte Hair-cuts zum Einsatz kommen müssen, also Schuldenschnitte zur Reduzierung des Schuldenstands.

Eine tatsächliche Lösung der kritischen Punkte des derzeitigen Geldsystems – ob in einem einzelnen Land mit souveräner Währung (die Schweiz oder Island könnten Pilotprojekte sein) oder in einem Staatenbund wie der Eurozone – kann dadurch erzielt werden, dass das System der "Geldschöpfung in den Händen der Banken" überwunden wird. Dieses System hat die Banken in Spieler im globalen Finanzspielkasino verwandelt, wobei diese Spieler durch ein erstes Sicherheitsnetz des „lender of last resort“ (Notfall-Garantie-Instanz 1: Zentralbank) und durch ein zweites Netz geschützt sind (Notfall-Garantie-Instanz 2: Staat), das von den Steuerzahlern getragen wird. Eine nachhaltige Lösung besteht in der Einführung einer zwischen den Staaten der Währungsunion vereinbarten Geldsouveränität, die eine immer engere Gemeinschaft mit dem vollen öffentlichen Vorrecht der Geldschöpfung bilden wollen. Dadurch kann die Währung gemeinsam verwaltet, die Geldmenge wirksam kontrolliert und den Geldschöpfungsgewinn der öffentlichen Hand zugeführt werden. Diese "Monetative" kann auf nationaler Ebene ausgeübt werden, aber nichts spricht dagegen, sie auch in einer politischen Union von neunzehn oder siebenundzwanzig souveränen Staaten zu realisieren.

Die Schlussfolgerung liegt auf der Hand: wenn wir die Krise überwinden wollen, muss man an der Grundstruktur dieses Systems eingreifen und darf sich nicht darauf beschränken, einige Symptome zu behandeln. "Jeder öffentliche Eingriff und jeder Rettungsplan ist völlig unwirksam", schreibt Andrea Baranes (Baranes 2014, 211), "solange die Finanz die Wirtschaft und die gesamte Gesellschaft beherrscht, solange die Banken und die anderen Finanzsektoren unbegrenzt Geld und Schulden aus dem Nichts schöpfen können". Ein äußerst wichtiger Schritt in diese Richtung besteht darin, die Geldschöpfung von der Darlehensgewährung der privaten Banken abzukoppeln und diese Aufgabe der öffentlichen Hand zuzuweisen. Die Einführung des Vollgelds ist Teil eines Programms für die radikale Reform des Geldsystems, nicht nur um die spielkasinoartigen Finanzmärkte in Griff zu bekommen und neue Krisen zu vermeiden, sondern auch um eine gerechtere und nachhaltigere Wirtschaft und Gesellschaft zu ermöglichen.

7

Die Geldschöpfung wieder in öffentlicher Hand

Die Vorteile des Vollgelds gegenüber der heutigen Regelung der Geldschöpfung sind eklatant: ein stabileres Geld mit fast null Risiken im Falle einer Wirtschaftskrise, die Verhütung von Spekulationsblasen, zusätzliche neue Einnahmen für den Staat, die direkte Kontrolle der Entwicklung der Geldmenge, eine einmalige Einnahme von 5.000 Milliarden Euro für die Staaten der Eurozone beim Übergang zum Vollgeld als historische Chance zum Abbau der Staatsschulden und viele weitere Vorteile. Vollgeld ist sicheres Zentralbankgeld, stabil und krisensicher. Es kann auch bei einem Bankenrun nicht verloren gehen, vielmehr gibt es mit Vollgeld keinen Bankenrun mehr. Das Wachstum der Geldmenge kann entsprechend dem realen Wirtschaftswachstum und Geldbedarf gesteuert werden. Der Zunahme der Kapitaleinkommen zu Lasten der Arbeitseinkommen wird gegengesteuert. Der Geldschöpfungsgewinn aus der Geldschöpfung fließt ausschließlich an die öffentliche Hand und kommt dadurch der Allgemeinheit zugute. Man fragt sich, warum die Politik nicht schon längst an diese Reform gedacht hat.

Dabei würden alle heute vorteilhaften Aspekte des Geldsystems beibehalten, wie Bequemlichkeit des Zahlungsverkehrs, Konvertibilität der Währung, wirksame und flexible Geldpolitik, Fristentransformation bei der Kreditgewährung. Doch ist Vollgeld kein Allheilmittel. Andere Reformen des Banken- und Geldwesens bleiben wichtig, wie z.B. die höhere Eigenkapitalausstattung der Banken, eine Entflechtung und Demokratisierung der Großbanken, die Austrocknung der Steuerparadiese. Die Trennung des Service Banking vom Investmentgeschäft der Banken würde durch eine Vollgeldordnung automatisch realisiert.

Können diese Vorteile, die durch die einfache Abänderung eines Angelpunkts des Geldsystems erzielt werden, auch die politischen Vertreter überzeugen? Welche durch Finanzmärkte ausgelösten Krisen, welche Belastungen durch die Bankenrettung, welche schamlose Bereicherung von Bankenmanagern und Bankeneigentümern müssen wir als Bürger und Steuerzahlerinnen noch erleben, bevor der Staat sich auf seine ureigensten Aufgaben besinnt?

Ein für Italien besonders dringendes Argument ist jenes der Staatsverschuldung, die bei fast 133% des nationalen BIP festsetzt. Der Schuldenstand ist eine gewaltige Bürde

für Italien und seine Wirtschaft. Sie führt zu permanenten Konflikten mit der EU und der Eurogruppe, sie lenkt weiterhin riesige Finanzmassen auf den Zinsdienst, anstatt dringende Staatsaufgaben zu erfüllen und öffentliche Investitionen zu tätigen. Während die italienischen Infrastrukturen und öffentlichen Dienste überall Mängel zeigen, fließen alljährlich über 70 Milliarden Euro in die Kassen der Eigentümer von Staatsanleihen (für 2018 sind 74 Mrd. vorgesehen, das entspricht ca. 4% des BIP).

Das ist eine unhaltbare Situation, die sich sehr nachteilig auf künftige Generationen auswirken wird. Die italienische Regierung kann – unter Missachtung der verfassungsrechtlich verankerten Pflicht zum Haushaltsausgleich – die Zinsen für alle in den letzten Jahrzehnten angesammelten Schulden einzig und allein mit neuen Schulden zahlen. Ihre Tilgung ist mit dem heutigen Geldsystem nahezu undenkbar, denn sie würde dem Wirtschaftskreislauf auch eine enorme Geldmenge entziehen. Die Einführung des Vollgelds öffnet einen Spalt hin auf die konkrete Möglichkeit, diesen Berg der Staatsverschuldung Italiens und der anderen Staaten der Eurozone um 60% zu verringern, aber ohne krisenhafte Deflation. Dadurch könnte es auch gelingen, die Abhängigkeit Italiens und weiterer Euroländer von den internationalen Finanzmärkten zu verringern. Wir Steuerzahler müssten nicht mehr zittern, wenn wir von der steigenden Differenz zwischen den Zinssätzen der italienischen CCT und BOT und jenen der deutschen Bundesschatzbriefe und anderer Staatsanleihen lesen.

Für eine große Reform braucht es großen Druck von unten

Heute ist die Befugnis der Banken, Buchgeld zu schaffen, nicht ausdrücklich durch eine erstrangige Rechtsquelle festgeschrieben. Da es sich um eine fundamentale Regelung für das Funktionieren der Wirtschaft und des Geldsystems handelt, verdient die Schöpfung von elektronischem Giralgeld eine Regelung im Rahmen der Verfassung mit Durchführung durch ein Staatsgesetz. Heute ist mit Gesetz nur vorgesehen, dass der Staat die Befugnis besitzt, Münzen und Banknoten auszugeben, über das elektronische Geld hingegen schweigt der Gesetzgeber – eine Gesetzeslücke, die dringend ausgefüllt werden muss. Heute werden zwischen 83% und 91% des in Umlauf befindlichen Geldes von den Banken geschaffen, während nur 9-17% konkret vom Staat bzw. der Zentralbank in Form von Banknoten und Metallmünzen ausgegeben werden. Daher müsste mit Gesetz in ausdrücklicher Weise das Monopol der Zentralbank auf alle Geldformen (gleich, ob sie aus Metall, Papier oder Bits bestehen) ausgeweitet werden. Eine solche Reform wird derzeit in der Schweiz durch eine Volksinitiative mit Volksabstimmung im Juni 2018 angebahnt (vgl. S. 62-63).

Die Schweiz hat ihre nationale Währung, den Schweizer Franken, beibehalten und hat den Vorteil, souverän über Reformen ihres Geldsystems entscheiden zu können. Die Eidgenossen sind in einer doppelt glücklichen Lage: sowohl weil sich dieses Land die Geldsouveränität bewahrt hat, als auch weil ihre Bürger dank der direkten Demokratie die Macht haben, grundlegende Reformen in Wirtschaft und Staat in die Wege zu leiten, d.h. der politischen Elite Innovationen aufzuzwingen, die von den Bürgerinnen gewollt werden. Hat diese weltweit erste Volksinitiative mit diesem Zweck Erfolg, müsste das Schweizer Parlament die Verfassung dementsprechend ändern und ein Umsetzungsgesetz beschließen. Gerade der „Kassenschrank der Welt“ (Jean Ziegler) wäre gezwungen, als erstes Industrieland eine tiefgreifende Reform des Geldwesens im öffentlichen Interesse einzuleiten. Mit einer solchen Reform würde die Welt der Banken und der übrigen Finanzmarktakteure ein weitreichendes Privileg verlieren, ohne den Bankenplatz Schweiz zu gefährden, im Gegenteil. Dieses Beispiel könnte auf ganz Europa ausstrahlen.

Das Vollgeld wird auch von Island befürwortet, einem anderen Land, das nach der Finanzkrise 2008 am Rande des Zusammenbruchs stand. Es wird in der angelsächsischen und deutschsprachigen Welt auf wissenschaftlicher und politischer Ebene diskutiert und war in anderen Ländern Gegenstand parlamentarischer Initiativen. Das Konzept ist wissenschaftlich begründet und als Reformprojekt reif für die politische Diskussion. Waren es 2008 während der Finanzkrise nur wenige Fachleute, die darüber Bescheid wussten, ist das jetzt anders. Die Volksabstimmungskampagnen und die Tätigkeiten sehr vieler Promotoren in verschiedenen Ländern haben das Vollgeld in einen seriösen, konkreten und realistischen Vorschlag verwandelt.

In Italien ist freilich noch ein langer Weg zurückzulegen. In den letzten Jahren sind verschiedene Vorschläge aufgetaucht, um die Wirtschaftskrise, die aus der Bankenrettung erfolgten Belastungen und das Gewicht der Staatsverschuldung einzudämmen: Steuerguthaben als Parallelwährung (certificati di credito fiscale), die Prägung und Ausgabe von Euro-Metallmünzen durch die Regierung, der Austritt aus dem Euro; aber noch nie wurde bisher die wirksamste und nachhaltigste Maßnahme ins Auge gefasst, nämlich die Einführung des Vollgelds. Es ist an der Zeit, diese Reform auf die Tagesordnung zu setzen.

Die potentiellen Gegner des Vollgelds sind nicht zahlreich, aber mächtig. In der Tat sind es vor allem die Banken, welche das jahrhundertealte Privileg der Geldschöpfung verlieren würden. Dies gilt in stärkerem Maß für die Großbanken und viel weniger für die mittleren und kleinen Banken, die regionalen Sparkassen und die Raiffeisenkassen.

Skeptisch sein werden jene Kreise, die heute von einem System profitieren, das wenigen Aktionären der Banken, Managermillionären, Wirtschaftsberatern und Rechtsanwältinnen, die in den riesigen Geschäftsumsatz der Banken einbezogen sind, gewaltige Profite einbringt, und zum Teil skeptisch sein werden auch die Angestellten der Banken. Zusammen mit anderen Akteuren, welche von der enormen Macht der Banken profitieren, gibt es in der Bankenwelt Tausende von Personen, die von diesem System leben, von den Banken gut bezahlt werden und aus diesen Gründen an einer Änderung des Status quo nicht sehr interessiert sind. Und es ist so gut wie sicher, dass weder die Banken noch die mit ihnen verbundenen Finanzmächte sich für die Einführung des Vollgeldes aussprechen, genausowenig wie Banken im 19. Jahrhundert freiwillig ihr Privileg zur Ausgabe von Banknoten aufgegeben haben. Es braucht somit einen starken Druck von unten aus der Zivilgesellschaft auf die Parteien und politischen Vertreter in den Parlamenten, im Interesse des Gemeinwohls zu handeln.

Andererseits gibt es Millionen und Abermillionen von Personen und Familien, die alle gute Gründe haben, um eine derartige Reform zu beanspruchen. Das Vollgeld ist nicht die einzige notwendige Reform unseres Geldsystems, aber ohne Zweifel eine der wichtigsten. Auch unter den Politikern wird es starken Widerstand geben, denn ganze politische Machtzentren befinden sich in enger Verbindung mit der Bankenwelt. Ja selbst die Akteure, die den nationalen Zentralbanken nahestehen, werden möglicherweise nicht einverstanden sein, obwohl gerade ihre Rolle entscheidend gestärkt würde. Das Vollgeld stellt einen Vorwurf gegen sie dar: warum haben sie nicht längst selbst diese Reform im öffentlichen Interesse ins Spiel gebracht?

Volksinitiative zum Vollgeld in der Schweiz

„Wer soll unsere Franken herstellen? Die privaten Banken oder die Nationalbank?“

Das ist die Frage, über die das Schweizer Stimmvolk im Juni 2018 abstimmen wird. Diese Volksinitiative war am 1. Dezember 2015 eingebracht worden und konnte 2016 rasch die erforderlichen 100.000 Unterschriften erreichen. Somit ist sie 2017 für zulässig erklärt worden. Die Volksinitiative zum Vollgeld zielt auf die sofortige Einführung des Vollgeldsystems ab, und zwar mit den folgenden Einzelzielen:

1. In Zukunft soll nur mehr die Schweizer Nationalbank (SNB) das Recht haben, elektronisches Geld als gesetzliches Zahlungsmittel in Umlauf zu bringen.
2. Die Banken können nicht mehr Geld aus dem Nichts schaffen, sondern nur jenes Geld verleihen, das von den Sparern, von anderen Banken oder der SNB bereit gestellt wird.
3. Das neue Geld wird in der Regel über schuldlose Zahlungen seitens der SNB an den Bund, die Kantone oder die Bürger in Umlauf gebracht.

Die Ausgabe von Schweizer Franken in jeder Form (Münzen, Banknoten, elektronisches Geld) wird ausschließlich der SNB übertragen, während die in der Schweiz tätigen Banken sich über Kredite bei der Zentralbank SNB refinanzieren können. Die vom Verein „Monetäre Modernisierung“ ausgehende Volksinitiative will die Banken daran hindern, ihre Macht der Kreditgewährung zu missbrauchen, indem Geld geschöpft wird, ohne dass dies zu einem entsprechenden Wachstum des BIP führt.

Die Schweizer Volksinitiative hat zum ersten Mal in der Geschichte eine öffentliche Debatte über eine der Hauptursachen der Krise des nationalen und vor allem des internationalen Finanzsystems ausgelöst. Wenn diese Volksinitiative von den Eidgenossen 2018 angenommen würde, würde in der Schweiz auch das elektronische Buchgeld nur mehr von der SNB ausgegeben. Diese unabhängige und öffentliche Instanz wäre die einzige Behörde, die Geld schöpfen darf, und zwar in gezielter und mit den demokratischen Vertretungsorganen abgestimmter Form.

Der Bundesrat – die Schweizer Regierung – hat mit Beschluss vom 9. November 2016 die Volksinitiative zum Vollgeld abgelehnt, ohne einen Alternativvorschlag vorzulegen.

Die Regierung ist der Ansicht, dass diese Reform tiefgreifend ins geltende Währungssystem eingreifen und zum Experimentierfeld für ein weltweit völlig unbekanntes Geldsystem würde. Die Annahme der Vollgeldinitiative durch das Volk würde die Geldpolitik der SNB komplizieren und neue Risiken für die Schweizer Wirtschaft mit sich bringen. Neben dem zu erwartenden NEIN der Schweizer Banken hat auch der Unternehmerverband (Economiesuisse) in dramatischen Tönen vor der Vollgeldinitiative gewarnt, und sogar den Zusammenbruch des Schweizer Frankens an die Wand gemalt. Das Schweizer Parlament wird sich mit der Vollgeldinitiative noch 2017 befassen, bevor die Schweizer Bürgerschaft im Juni 2018 darüber abstimmen wird.

Vgl. die Kampagnenwebsite der Vollgeld-Initiative: www.vollgeld.ch

Weiterführende Literatur

- Frosti Sigurjonsson (2015), Monetary Reform – A better monetary system for Iceland, Prime Minister of Iceland, Reykjavik
- Christian Felber (2016), Vom Vollgeld zum souveränen Geld - Vorteile und Optionen einer Vollgeld-Reform, 28. April 2016
- Christian Felber (2014), Geld – Die neuen Spielregeln, Deuticke, Wien
- Thomas Mayer/Roman Huber (2014), Vollgeld – Das Geldsystem der Zukunft, Tectum, Marburg
- Jürgen Cremer (2016), Geld ohne Schuld: Geldsysteme und Vollgeldreform, Metropolis
- Jürgen Cremer (2013), Vollgeld in: Grundlagen der Ökonomie – Geldsysteme, Zinsen, Wachstum und die Polarisierung der Gesellschaft, 2. Auflage, Metropolis, Marburg
- Hans-Christoph Binswanger/Joseph Huber/Philippe Mastronardi (2011), Die Vollgeld-Reform: wie Staatsschulden abgebaut und Finanzkrisen verhindert werden können, Verein Monetäre Modernisierung, Wettingen
- Andrew Jackson/Ben Dyson (2013), Modernising Money. Why our monetary system is broken and how it can be fixed. Positive Money
- KPMG (2016), Money Issuance – Alternative Monetary Systems, A report commissioned by the Icelandic Prime Minister's Office. URL: www.kpmg.is
- Klaus Karwat (2009), Vom fraktionalen Reservesystem zur Monetative: eine Darstellung in Bilanzform. Arbeitspapier, URL: <https://vollgeld-jh.squarespace.com/papers-und-manuskripte-zur-vollgeldreform>
- Joseph Huber/James Robertson (2000), Creating New Money. A Monetary Reform for the Information Age. New Economic Foundation.
- Joseph Huber (2010), Monetäre Modernisierung. Zur Zukunft der Geldordnung: Vollgeld und Monetative, 3. Auflage, Metropolis, Marburg
- Joseph Huber (2013a), Monetary Reform of the Eurosystem, 13. November 2013, URL: www.monetative.de
- Joseph Huber (2017), Vollgeldreform und Euro, www.vollgeld.de/vollgeldreform-und-euro
- Joseph Huber (2013b), Vollgeldreform – Gründe, Umsetzung, Folgen, URL: <http://vollgeld.de/vollgeld-broschuere>
- Joseph Huber/James Robertson (2014), Geldschöpfung in öffentlicher Hand. Weg zu einer gerechten Geldordnung im Informationszeitalter. Metropolis Verlag, Marburg
- Joseph Huber (2014b), Vollgeld und 100 Prozent-Reserve, URL: <https://vollgeld-jh.squarespace.com/vollgeld-und-100-prozent-reserve>
- Joseph Huber (2017), Sovereign Money – Beyond Reserve Banking, Palgrave MacMillan, London
- Stephan Schulmeister (2009), Geld als Mittel zum (Selbst)Zweck, in K. P. Liessmann (a cura di), Geld. Was die Welt im Innersten zusammenhält, Zolnay, Wien

Stephan Schulmeister (2016), Das "Vollgeldsystem". Notwendige Reform oder gefährliches Allheilmittel?, WIFO Working Paper
 Anan Admati/Martin Hellwig (2014), Des Bankers neue Kleider. Was bei Banken wirklich schief läuft und was sich ändern muss. Finanzbuchverlag, München
 Erhard Glötzl (2016), Eine Analyse von Vollgeld im Vergleich zum bestehenden Geldsystem.
 Paolo Maddalena (2017), "Uscire dalla crisi attuando la Costituzione", Comitato del NO, 2017

Wichtige Internetseiten

Schweiz: www.vollgeld.ch / www.vollgeld-initiative.ch
 Deutschland: www.monetative.de e www.vollgeld.de
 USA: www.monetary.org
 Vereinigtes Königreich: www.positivemoney.org.uk
 Italien: www.monetapositiva.blogspot.it / www.primitiv.it
 International: www.internationalmoneyreform.org
 Gesetzliche Regelungen zum Euro: www.ecb.europa.eu/ecb/legal/html.index.eu.html
 Statut der EZB: https://www.ecb.europa.eu/ecb/legal/pdf/it_statute_2.pdf
 Banca d'Italia: <http://www.bancaditalia.it/>
 Zur Seignorage: www.signoraggio.com

Zum Einstieg:

Huber/Robertson (2008), Geldschöpfung in öffentlicher Hand. Weg zu einer gerechten Geldordnung im Informationszeitalter, ISBN 3-87998-454-1, 90 S.

Zur Vertiefung:

Joseph Huber (2013), Monetäre Modernisierung, 3. Aufl. ISBN: 978-3-89518-952-4, 250 S.



Publikationen von POLITiS (Auswahl)

Thomas Benedikter (2014), Mit mehr Demokratie zu mehr Autonomie – Bürgerinnen und Bürger reden mit. POLITiS-SBZ, Bozen

Die Publikation sammelt die Beiträge von rund 30 Experten, die an dem Bildungsprojekt „Die Reform der Südtirol-Autonomie – BürgerInnen reden mit im Jahr 2013/14 mitgewirkt haben. Ziel des Projekts war es, mehr Interesse an diesem Reformvorhaben zu wecken, im Dialog mit Expertinnen einzelne Problemfelder zu vertiefen und den Austausch zwischen Bürgern aller Sprachgruppen zu fördern. (Frei auf: www.politis.it)

Paolo Michelotto/Thomas Benedikter (2014), Die Gemeindepolitik mitgestalten – Ideen und Verfahren für die direkte Bürgerbeteiligung in der Gemeinde – Ein Leitfaden, POLITiS

Diese Publikation bietet einen Überblick über Verfahren der Bürgerbeteiligung, die in Südtirol, dem Trentino und in den Nachbarregionen im In- und Ausland bereits angewandt werden oder im Rahmen unserer Rechtsordnung eingeführt werden könnten. Meist wird auch ein Vorschlag für die rechtliche Regelung im Rahmen der Gemeindegatsatzung angeführt. (Frei verfügbar auf: www.politis.it)

Thomas Benedikter (2015), Gaspedal und Bremse – Direkte Demokratie in Südtirol, ARCA, Lavis

In Südtirol wird seit über 20 Jahren über direkte Demokratie diskutiert, doch ist noch keine brauchbare Regelung auf Landesebene zustande gekommen. Das Werk erläutert in kompakter und anschaulicher Form Verfahren und Regeln, Wirkungsweise und Akteure der direkten Demokratie, geht auf Einwände gegen Volksabstimmungen ein und zeigt Möglichkeiten zur besseren Regelung dieser Rechte in Südtirol auf. (Im Buchhandel erhältlich)

Thomas Benedikter (2016), Mehr Eigenständigkeit wagen – Unsere Autonomie heute und morgen, POLITiS ARCA edizioni, Lavis

Der Band befasst sich mit zentralen Aspekten der Südtiroler Autonomie von der Reichweite ihrer Zuständigkeiten über die Sprachgleichstellung, den Proporz, die Schule bis zu institutionellen Neuerungen. Schließlich werden zahlreiche Vorschläge zur Reform des Statuts erläutert. (Im Buchhandel erhältlich)

Thomas Benedikter (2017), I sudtirolesi – Introduzione poco riverente nel mondo dei sudtirolesi, ARCA Lavis

Die Südtiroler mal mit anderer Brille betrachtet als jener der Tourismuswerbung und des IDM. Die Welt der Südtiroler dargelegt mit kritischer Sympathie, geeignet für Besucher und Besucherinnen und all jene, die etwas mehr als die üblichen Schokoladenseiten kennen lernen wollen. Nur auf Italienisch. (Im Buchhandel erhältlich)

Der Autor

Thomas Benedikter, Frangart, Wirtschaftswissenschaftler, Sozialforscher, Publizist, hauptamtlich in der politischen Bildung, Politikberatung und Publizistik tätig. Berufstätigkeit in der Landesverwaltung, in der empirischen Sozial- und Wirtschaftsforschung, in der Berufsschule. Zusammenarbeit mit der EURAC für Projekte zur vergleichenden Autonomieforschung („Moderne Autonomiesysteme“), mit Menschenrechtsorganisationen (z.B. Gesellschaft für bedrohte Völker) und anderen Forschungsinstituten. Verschiedene Publikationen zu ethnischen Konflikten, Minderheitenrechtsfragen, zu Wirtschaft und Gesellschaft Südtirols und zur Bürgerbeteiligung und direkten Demokratie. Mitarbeiter verschiedener Zeitschriften. 2013 zusammen mit neun MitbegründerInnen Gründung des Studienkreises POLITIS.

Der Herausgeber

POLITIS (Politische Bildung und Studien in Südtirol)

Eine lebendige Demokratie braucht kritisch denkende, fürs Gemeinwohl engagierte BürgerInnen, die mitreden und mitgestalten wollen. Auch deshalb der griechische Name politis = Bürger für diesen neuen Bildungs- und Forschungsträger. Mitwirken kann man besser, wenn man gemeinschaftlich das nötige Hintergrundwissen erstellen und reflektieren kann. Die Auseinandersetzung mit Machtverhältnissen schafft Entscheidungskompetenz und befähigt zu qualifiziertem, politischem Engagement. Dafür kann POLITIS als freie bürgerschaftliche Organisation wichtige Hilfestellung bieten. POLITIS ist ein unabhängiger, dem Gemeinwohl verpflichteter Verein, der vor allem nicht dominanten Gruppen unserer Gesellschaft Hilfestellung bieten soll. POLITIS will das bestehende Angebot an politischer Bildung ergänzen und BürgerInnen eine Anlaufstelle bieten für:

- Forschung zu aktuellen, die Südtiroler Gesellschaft betreffenden Fragen auf sozial-, wirtschafts- und politikwissenschaftlichem Gebiet,
- Publikationen, öffentliche Veranstaltungen, Politikberatung für Bürgerinitiativen und politisch aktive Einzelne und Organisationen,
- eine breite Palette von Tätigkeiten politischer Bildung für verschiedene Zielgruppen.

www.politis.it



*Das Wesentliche ist die Wiederaneignung
der Geldsouveränität durch die öffentliche Hand.*

Prof. Joseph Huber, Soziologe, Deutschland

*Mit dem Vollgeld dient die Finanzwirtschaft
der realen Wirtschaft und der Gesellschaft.*

Prof. Philippe Mastronardi, Universität St. Gallen

*Das Vollgeld packt das Problem
des entfesselten Finanzkapitalismus an der Wurzel an.*

Prof. Peter Ulrich,
Professor für Wirtschaftsethik der Universität St. Gallen

Quelle: www.vollgeld.ch

*Alles Geld müsste direkt vom Staat oder der Zentralbank im Auftrag des Staats
ausgegeben werden, weil es – als Gegenstück zum nationalen Reichtum –
gemeinschaftliches Eigentum des Volks ist. Das Geld muss derart unter die Bürger
verteilt werden, dass es dem Verfassungsgrundsatz der Gleichheit entspricht.*

Paolo Maddalena, ehem. Richter am Verfassungsgericht Italiens

Das Geld ist im Grunde ein öffentliches Gut. Die Geldschöpfung und In-Umlauf-Bringung ist eine öffentliche Dienstleistung zugunsten aller Bürgerinnen und Bürger. Der Gewinn aus der Geldschöpfung muss der ganzen Gemeinschaft zugutekommen. Wie die Ausgabe der Banknoten durch die Zentralbank muss auch das elektronische Giralgeld als öffentliche Dienstleistung durch eine öffentliche Behörde erzeugt werden. Der Gewinn aus der Geldschöpfung, die Seigniorage, steht der öffentlichen Hand zu, die das ganze System regelt. Das Vollgeldsystem stellt den grundsätzlich öffentlichen Charakter des Geldsystems wieder her. Das staatliche Monopol zur Ausgabe von Geld würde auf das elektronische Giralgeld, die „virtuellen Banknoten“ ausgedehnt. Diese Reform erlaubt es zudem, den Gewinn aus der Geldschöpfung wieder dem Staat, also der Allgemeinheit, zuzuführen.